Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

57 (22.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

57. Sitzung.

Donnerstag, den 22. Juli 1926, nachmittags 1/24 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 56. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, die Ministerialräte **Arnsperger**, Dr. **Barck**, Dr. **Jung**, die Obermedizinalräte Dr. **Kautzmann** und Dr. **Roemer**, die Oberregierungsräte Dr. **von Babo** und **Emele**, Regierungsrat **Baer**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Berichts Spalte 2875/76.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung nach 4½ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. **Verhinderungsanzeigen**

seitens der Abg. Bock, Brizner, Habermehl, Maier-Heidelberg, Martin, Heurich wegen Erkrankung, seitens der Abg. Sack und Fischer-Unterlauchringen wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. **Sonstiges:**

Mitteilung des Badischen Städteverbands, das badische Wohlfahrtspflegegesetz betr.

Diese Mitteilung wird auf die neue Sitzungsperiode übernommen.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten:

Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926 und 1927, Hauptabteilung III, Ministerium des Innern.

Einzelberatung:

Zu Titel V, Polizei und Gendarmerie

erhalten weiter das Wort:

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürgerl. Ver.):

Der Herr Abg. Obkircher hat heute morgen die Frage des Kleinkaliberschießens angeführt; ich kann das, was er gesagt hat, nur unterstreichen. Der Herr Minister und der Herr Abg. Martzloff haben dann darauf erwidert, und es wäre auch für mich sehr verlockend, diese Frage hier eingehend zu erörtern. Ich werde es aber nicht tun, weil mein Fraktionsfreund Lang, der hierin ausgesprochener Praktiker ist, (Heiterkeit) diese Sache nachher behandeln wird. Ich will mich auf den Polizeietat als solchen beschränken.

Es wurde von verschiedenen Seiten in diesem Hause der Polizei der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Der Herr Minister hat gestern abend seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß sich die Polizei von extremer Einstellung ferngehalten habe, und es ist mehrfach der Dank auch dafür ausgesprochen worden, daß sich die Polizei auf den neuen Staat eingestellt habe, und darüber hinaus hat heute morgen der Herr Abg. Martzloff sogar dierekt eine republikanisch-demokratische Gesinnung von den Polizeibeamten gefordert.

Dem Dank an die Polizei schließen wir uns an. Wir hätten ja vielleicht nicht immer Veranlassung gehabt, ihr zu danken, denn die Polizei ist ja zeitweise für uns gerade das gewesen, was Sie haben wollen, daß sie es nicht sei, der Büttel. Ich erinnere nur an den November vorigen Jahres, als die Polizei die schwarz-weiß-rote Fahne von der Straße verbannen mußte. Aber sie trägt keinen Teil der Schuld, denn die Schuld trägt der Minister des Innern. Deswegen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Schmitthenner** [Bürgerl. Ver.])

will ich die Schuld auch ihm und nicht der Polizei aufhalsen, und so sind wir trotz dieser Vorkommnisse der Polizei dankbar.

Was nun aber das andere anbetrifft, die Nichteinstellung auf extreme Bewegungen und die Einstellung auf den neuen Staat, insbesondere aber die Forderung, daß die Polizeibeamten eine repubikanisch-demokratische Gesinnung haben müßten, so muß ich doch demgegenüber die Frage stellen: Wo steht es in der Weimarer Verfassung geschrieben, daß die Polizeibeamten nicht das gleiche Recht haben wie alle Staatsbürger? Wo steht es in der badischen Verfassung geschrieben, daß die Polizeibeamten mit der Übernahme des Amtes ihr persönliches Recht der Meinungsfreiheit aufgeben müßten? Nirgendwo steht das geschrieben, und ich muß die Polizeibeamten in Schutz nehmen gegen die Rede des Herrn Abg. Martzloff, durch die den Beamten doch wohl die Zumutung unterstellt werden könnte, daß sie sich auf die einseitig republikanisch-demokratische Gesinnung einstellen müßten. Es wird durch solche Reden ein direkter Druck auf die Beamten ausgeübt. Das kann in psychologischer Hinsicht wohl nicht bestritten werden. Gegen diesen Druck nehmen wir die Beamten in Schutz. So sehr jeder einzelne Beamte das Recht hat, seine eigene politische Überzeugung zu haben und, wie jeder andere Deutsche und badische Staatsbürger, nach außen hin zu betätigen, ebensosehr ist es klar, daß die Polizeibeamten als Beamte und die Gesamtorganisation als Organisation von jeder Parteipolitik fernbleiben müssen.

Die Polizei hat nichts anderes zu tun als ihre staatliche Pflicht. Der Herr Abg. Martzloff scheint mir auf dem linken Auge etwas kurzsichtig zu sein (Heiterkeit). Er hat nämlich nur die Gefahr gesehen, die von rechts kommt, wie er glaubt (Zwischenrufe). Er meint, daß das, was von links kommt, nur Geschrei sei. Er hat anscheinend die Rede des Herrn Abg. Schreck von gestern nicht gehört. (Abg. Martzloff: Gerade deshalb!). Diese Rede war nicht Geschrei, diese Rede war Überzeugung, diese Rede war Glaube. Gewiß, ein Glaube an einen falschen Gott; aber es war Glaube in der Rede. Sie hat menschlich ergriffen (Lachen links). Man sollte darüber nicht lachen, sondern sollte darin eine ernste Angelegenheit sehen. Die Wahrheit führt auch in der Politik immer nach oben. Wenn der Herr Abg. Martzloff diese Rede richtig verstanden hätte, so hätte er gemerkt, daß von hier die Gefahr droht. Wo ein inneres Feuer so stark brennt, wie es hier gebrannt hat, da ist das äußere Feuer nicht weit davon entfernt. Der Herr Kollege weiß scheinbar nichts von den Umzügen in Mannheim; die Reden, die dort von kommunistischer Seite gehalten wurden, zeugen von ernster Gefahr. Aber einerlei, ob die Gefahr von rechts oder von links kommt, die Polizei kann ihre Pflicht nur dann tun, wenn sie als Polizei abseits jeder parteipolitischen Gesinnung steht, sie kann ihre Pflicht nur dann erfüllen, wenn sie staatlich gesinnt ist. Wir sollten heute bei solchen Fragen, die rein staatspolitisch sind, das „alte" und „neue" beiseite lassen und uns auf dem Gedanken des Staates einigen. Dann werden wir uns näherkommen. Ich möchte jedenfalls hier die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß diejenigen Polizeibeamten, die auf Grund ihrer politischen Überzeugung nicht zu den Parteien gehören, die heute die Regierung bilden, unter ihrer Überzeugung nicht zu leiden haben.

Der Herr Minister hat gestern davon gesprochen, daß ein einheitliches Polizeibeamtenrecht kommen müsse. Das ist auch unsere Überzeugung. Wir halten es dabei für besonders wichtig, daß in diesem Recht auch die wohlerworbenen Rechte der Polizeibeamten erhalten werden. Zu diesen wohlerworbenen Rechten scheint mir zum Beispiel insbesondere das eine zu gehören, daß die Beamten der Gruppe IV nach fünfjähriger Anstellung in die Dauerstellung einrücken, daß ihnen dieses Recht erhalten bleibt. Wir wünschen dies ausdrücklich, weil wir gerade den unteren Beamten der Gruppen I—IV, über die ja verschiedentlich hier gesprochen worden ist, von denen gesagt worden ist, es sei nicht recht verständlich, warum sie bei gleicher Dienstübung verschiedene Gehälter haben, und von denen zweifellos feststeht daß sie in einer besonders drückenden Wirtschaftslage sind, weil wir haben wollen, daß diesen Beamten besonders geholfen werden soll.

Was die gehobenen Stellen betrifft, so möchte ich einige Wünsche anführen, die uns besonders wichtig erscheinen. Es wäre wohl die Frage zu prüfen, ob die Oberwachtmeister nicht dadurch eine gewisse Benachteiligung erlitten haben, daß sie vorher in der Gehaltsregelung den Polizileutnants gleichgestellt waren, die Polizeileutnants jetzt aber nach Gruppe VII aufrücken, während die Oberwachtmeister in Gruppe VI geblieben sind. Es wäre die Frage zu prüfen, ob hier nicht eine gewisse Unbill den Oberwachtmeistern gegenüber in irgend einer Form wieder gutgemacht werden könnte.

Was die älteren Beamten der Gruppe V betrifft, so scheint uns darin ein Mangel zu liegen, daß diejenigen von ihnen, die 15 Jahre und länger im Dienst sind, immer noch an die Gruppe V gefesselt bleiben, weil die höheren Gruppen den Polizeioffizieren vorbehalten sind. Wir möchten die Anregung geben, daß diesen älteren Beamten die Möglichkeit gegeben wird, durch eine Prüfung in eine höhere Klasse aufzusteigen. Bei der Klasse V sind, wie ich weiß, auch Beamte, die beträchtlich mehr als 15 Jahre, die 25 Jahre und noch länger im Dienste sind und aus irgendwelchen Gründen persönlicher oder sonstiger Art die Prüfung nicht abgelegt oder nicht bestanden haben. Während in anderen Zweigen der Verwaltung — ich denke da zum Beispiel an manchen Hausmeister — derartige Beamte trotz der nicht abgelegten Prüfung in höhere Klassen manchmal aufgerückt sind, ist dies hier, wie ich glaube, nicht geschehen. Ich wäre dankbar, wenn die Regierung darüber Auskunft geben könnte, wieviele solcher Beamten in Klasse V mit 25 Dienstjahren und mehr vorhanden sind und ob nicht Erwägungen in der Richtung angestellt werden könnten, ob diese älteren Beamten vielleicht ausnahmsweise auch ohne Prüfung auf Grund ihrer Erfahrung und ihres Lebensalters in eine höhere Klasse übernommen werden könnten. Es ist dann auch mehrfach davon gesprochen worden, daß der besondere Nachtdienst eine besondere Zulage erfordert. Es ist davon gesprochen worden, daß die Selbstkosten für die Uniform abgestellt werden sollten, vor allem, daß die zur Kriminalpolizei kommandierten Wachtmeister in etatmäßige Stellen übernommen werden sollten. Alle diese Anregungen unterstützen auch wir und wären froh, wenn sie zur Durchführung gelangen könnten.

Ich möchte noch über die Leutnants und Oberleutnants einiges zur Sprache bringen. Der neue Etat sieht eine Vereinheitlichung der Polizei vor. Um dies zu erreichen, hat er die Leutnant- und Oberleutnantstellen abgeschafft und die Angehörigen dieser Gruppen in Kommissär- und Oberkommissärstellen eingereiht. Ursprünglich hatte die Entente die Abschaffung des Leutnants- und Oberleutnantstitels gefordert, aber später nicht an dieser Forderung festgehalten. Wäh-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Schmitthenner [Bürgerl. Ver.])

rend in anderen Staaten der alte Ausdruck beibehalten worden ist, hat man in Baden einen anderen Weg eingeschlagen. Man hat diese Titel abgeschafft, die neue Bezeichnung „Oberkommissär" eingeführt und so für diese Stellen den einheitlichen Namen „Kommissär" und „Oberkommissär" gewählt. Diese Art der Einheitlichkeit scheint uns bedenklich zu sein. Ich glaube, daß die Titel „Polizeileutnant" und „Polizeioberleutnant" auf wohlerworbenen Rechten beruhen. Die Leutnants und Oberleutnants wurden als Offiziere aus der alten Armee übernommen mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß sie nicht schlechter behandelt werden sollen, als ihre Kameraden in der Reichswehr. Es ist unbillig zu verlangen, daß dieser wohlerworbene Titel abgelegt werden sollte. Man hätte die Vereinheitlichung in anderer Richtung bewirken können, indem man den Kommissärtitel weggestrichen und nicht den Oberkommissärtitel eingeführt hätte. Die Regierung hat ihren Weg im Haushaltsausschuß wohl damit begründet, daß sie sagte, sie wolle die Leutnants aus Gruppe V und VI in Gruppe VII bringen und die Oberleutnants in VIII. Heute, da die meisten Oberleutnants schon in Gruppe VIII sich befinden, legen sie wohl auf diese Regelung keinen allzu großen Wert. Was die Leutnants betrifft, so ist ihre Überführung in Gruppe VI und VII zu begrüßen, aber man könnte mit Rücksicht darauf, daß es sich überhaupt nur um 5 Leutnants handelt, diese zu Oberleutnants befördern, den Titel Leutnant streichen und die ganze Angelegenheit so regeln, daß die Anwärter in Oberwachtmeisterstellen einrücken und dann direkt zu Oberleutnants befördert werden. Jedenfalls glauben wir, daß die Abschaffung des Titels Leutnant und Oberleutnant, die im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten erfolgt ist, nicht notwendig sei, und daß ohne Kränkung eines wohlerworbenen Rechtes die gleiche Vereinheitlichung hätte erreicht werden können, wenn man die Sache in dem von mir angedeuteten Sinn erledigt hätte. Wir behalten uns einen entsprechenden Antrag vor. Ich möchte hier im wesentlichen die Einzelheiten abschließen, die ich über den Polizeietat sachlich sagen wollte. Ich muß aber noch auf etwas Grundsätzliches eingehen, was, wie ich glaube, gestern gesagt worden ist und auch heute mehrfach in der Debatte durchgeklungen hat. Man hat gesagt, daß die Polizei ihren militärischen Charakter verlieren solle und sich an das „Volksmäßige" anpassen möge.

Der Herr Abg. Martzloff hat heute morgen sogar die alte Pickelhaube direkt „hingerichtet" und gesagt, er hätte es am liebsten, wenn man der Polizei eine Mütze gäbe. Ich hoffe nicht, daß man ihr eine Nachtmütze aufsetzen wird. Dieser Weg ist nicht geeignet. Erst vor zwei Jahren etwa in Heidelberg gab es auf der Straße einen recht kräftigen Kampf. Der Staat hat die Verpflichtung, die Polizei für derartige Fälle mit einer ordentlichen Kopfbedeckung, die den nötigen Schutz gewährt, zu schirmen. Wenn der Wunsch, daß die Polizei den militärischen Charakter verlieren solle, sich darauf bezieht, daß sie einzelne Verrichtungen militärischer Art nicht mehr ausführen solle, so ist er unerfüllbar; wenn er sich darauf bezieht, daß sie ihr aufgerichtetes Wesen, eine gewisse freie, lebendige Art und auch meinetwegen ein kerniges Wort zukünftig nicht mehr zeigen oder sprechen dürfe, so glaube ich nicht, daß das im Interesse des Staates und der Polizei liegt (Abg. D. Mayer: Sehr richtig!). Im Gegenteil, wir haben beim alten Heere gesehen, daß sich das sehr gut vereinigen läßt, die freie, lebendige, offene, frische Art mit volksmäßigem Charakter. Unsere alten, herrlichen, badischen Regimenter haben keinem der badischen Landeskinder etwas zuleide getan, und alle sind mit gleichem Herzen nach Hause gegangen, wie sie gekommen sind. Ich glaube, daß diese äußere straffe, lebendige und kernige Form den Polizeibeamten von heute erhalten werden muß. Es handelt sich nicht darum, ob er Büttel oder Berater sein soll; den Büttelcharakter werden Sie der Polizei dort nie nehmen können, wo der Beamte zur Verhaftung oder zur Anzeige schreiten muß. Und wenn Sie den Beamten mit härenem Gewand und mit Kindertrompete an die Ecke stellen, er wird darüber nicht hinwegkommen, Polizeibeamter zu sein, und wird immer in den Augen des Volkes, wenn er auch den väterlichen Berater spielt, gleichzeitig der Büttel sein. Das läßt sich nicht trennen. Man soll diese Dinge nicht zu tragisch nehmen.

Der Herr Kollege Martzloff hat von der Kluft zwischen der Polizei und Volk gesprochen. Gewiß, damals war er in ausgesprochener Opposition zum Staate, heute sagt er und seine Partei: „l'état c'est moi", „der Staat bin ich", deshalb empfindet er die Kluft nicht mehr. Er vergißt aber, daß ein großer Teil des Volkes dem Staate heute geradeso oppositionell, wie er damals, gegenübersteht, und daher die gleiche Kluft zwischen Polizei und diesen Volksteilen heute bestehen kann, wie es früher der Fall war. Darüber kommen wir nicht hinaus, und dies kann ein noch so „volksmäßiges" und „weiches" Verhalten der Polizei nicht abändern. Besonders merkwürdig aber muß berühren, wenn der militärische Abstrich am Charakter der Polizei gerade von denjenigen Kreisen gefordert wird, die heute dem Reichsbanner angehören. Gewiß, das Reichsbanner ist eine, wie Sie behaupten, überpolitische, überparteiliche Organisation (Zuruf links). Wir glauben es nicht. Hier habe ich eine Zeitung, es ist die „Illustrierte Reichsbannerzeitung". Auf dieser Zeitung ist vorne ein Bild. Darunter steht: „Stürmische Begrüßung beim Vorbeimarsch vor dem österreichischen Parlament". Ein Bild wie im Frieden! Schmetternde Musik, marschierende Kolonnen, wehende Fahnen, im gleichen Schritt und Tritt! Und hier auf der zweiten Seite das gleiche Bild: „Aufmarsch des Reichsbanners auf der Wiener Trabrennbahn". Schmetternde Musik, marschierende Kolonnen, wehende Fahnen, im gleichen Schritt und Tritt! Und so geht es weiter, ein-, vier-, fünf- und sechsmal. Überall schmetternde Musik, marschierende Kolonnen, wehende Fahnen, im gleichen Schritt und Tritt! Mir geht das Herz auf, wenn ich das sehe (Lebhafte Hurrarufe links. — Heiterkeit). Ich freue mich darüber, wenn ich sehe, daß das Reichsbanner diese militärische Form behalten hat. Sie wissen, daß die Geschichte mitunter seltsame Listen anwendet, um Notwendigkeiten irgendwelcher Art, für die die gegenwärtige Zeit kein Verständnis hat, über diese Zeit hinwegzutragen. Es scheint mir hier eine solche List der Vernunft vorzuliegen, die das Reichsbanner und jene Kreise, die den Militarismus abgewürgt haben und glauben, ihn auch weiter fernhalten zu können, gegen ihren Willen äußerlich in diese gesunde natürliche Form des Militarismus hineindrängt, die wir als Volk nicht aufgeben dürfen, nicht um Kriege zu führen, sondern um im Frieden unter den anderen Völkern das Ansehen und die Würde uns zu bewahren, die wir brauchen und die uns allein wieder in die Höhe führen kann.

Im ganzen genommen möchte ich zu dem Polizeietat folgendes sagen: Wir hatten uns entschlossen, ihm zuzustimmen. Die Rede des Herrn Kollegen Martzloff hat vielleicht manchen von uns wankend gemacht, deshalb vor allem, weil sie die einseitige parteipolitische Gesinnung der Beamten gefordert hat (Abg. Martzloff: Habe ich nicht gesagt). Wenn wir trotzdem dem Polizeietat zustimmen werden und damit nicht etwa eine Vertrauenskundgebung für den Mini-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Schmitthenner [Bürgerl. Ver.])

ster verbinden, so tun wir dies deshalb, weil wir die Polizei für eine Staatsnotwendigkeit halten, weil wir der Ansicht sind, daß gerade heute von links her beträchtliche Gefahren drohen und die Polizei ein scharfes Instrument in der Hand des Staates sein soll, weil wir diesen Beamten, die ihre Pflicht tun, wohlgesinnt sind. Aus diesen Gründen werden wir dem Polizeietat zustimmen (Beifall rechts).

Abg. Ritter (Komm. P.):

Die Charakterisierung der Polizei ist am besten dadurch gekennzeichnet worden, daß jetzt Herr Abg. Schmitthenner erklärt hat, daß sie dem Polizeietat zustimmen, während sie vorerst den Minister selbst abgelehnt haben. Daraus geht hervor, daß wir es mit der Polizei der Leute zu tun haben, die dort drüben auf der rechten Seite sitzen und durchaus nicht eine demokratisch-republikanische Polizei in Deutschland haben, wie das heute früh von sozialdemokratischer Seite zum Ausdruck gekommen ist (Zurufe links). Mir scheint das Bedürfnis bei der Beratung des Innenministeriums vorzuliegen, das, was man bei der Generaldebatte versäumt hat, jetzt nachholen zu wollen, denn wir befinden uns zu gegebener Zeit mitten drin in einer politischen Debatte. Wie wir natürlich diese Gelegenheit genau so benützen wie die übrigen Parteien, und auch hierzu unsere Meinung sagen. Für uns ist von vornherein ganz klar, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, daß wenn bürgerliche Vertreter einer Klasse eintreten für den Aufbau und Ausbau ihrer Schutztruppe zum Schutze ihres Eigentums und Profits, d. h. für die Macht, weiterhin an den Produktionsmittel, so ist das für die Vertreter dieser Klasse ein eisernes Muß. Der Kapitalismus als solcher braucht diese Macht, er braucht sie um so mehr in jener Zeit, wenn er auf schwankenden Füßen steht und die andere neue Macht versucht, ihn zu stürzen, dann braucht er die Macht um so mehr. Wenn der Voranschlag des Innenministers über 4 000 000 Mark mehr anfordert, als wie der vorjährige, so besagt das ganz klar, daß diese Macht des Kapitalismus verstärkt, vergrößert worden ist, weil sich der Kapitalismus als solcher schwächer fühlt. Das ist eine reine Erkenntnis, die sogar die sozialdemokratische Partei früher einmal gehabt hat, heute natürlich nicht mehr. Je mehr aber die bürgerliche Klasse diese Machtmittel anwendet, um das Proletariat zu unterdrücken, um so mehr zeigt sie ihre eigene Schwäche und diese Schwäche kommt besonders zum Ausdruck, daß in den Reihen der bürgerlichen Gesellschaftsklassen sehr starke Gegenströmungen, ja sogar Gegensätze vorhanden sind. Natürlich nicht Gegensätze derart, daß man sagen könnte, Teile dieser bürgerlichen Gesellschaftsklasse spalten sich ab und gehen über auf die Seite des Proletariats. Zur gegebenen Zeit der Auseinandersetzung beider Klassen wird die Klasse des Bürgertums einheitlich geschlossen gegen das Proletariat vorgehen. Aber am besten zeigt sich die Unfähigkeit und Unsicherheit dieser Klasse in der Gegensätzlichkeit dieser Klasse selbst. Die Erkenntnis des Proletariats, daß die Ausbeutermacht heute auf sehr schwankenden Füßen steht, ringt sich immer mehr bei dieser Klasse durch. Das beste Zeichen hierfür haben wir in den verschiedenen proletarischen Organisationen zu verzeichnen. Wenn man heute früh von der sozialdemokratischen Seite herüber zu uns erklärt hat, vor uns (rechts) braucht man keine Angst zu haben, weil wir nur Splitter seien, so weiß ich nicht, ob Sie ihre eigene Parteipresse immer verfolgen. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was in Sachsen vor sich gegangen ist, ob Sie wissen, (Zuruf: Mit unserer sind Sie einverstanden?), daß bei der Sozialdemokratie sich die Masse von den Führern löst, aber auch noch nicht in dem Maße, daß man sagen kann, sie entwickle sich auf raschem Wege vollständig nach links. Es geht eben langsam. Diese Zeichen sind von sehr großer Bedeutung und werden sich zu gegebener Zeit auswirken.

Man sagt — und das kam wiederum von sozialdemokratischer Seite zum Ausdruck —, die Arbeiterschaft hoffe auf diese Polizei, sie stütze sich darauf, weil diese Polizei den heutigen Staat, die heutige sog. demokratische Republik, verteidige. Diese Illusionen sind auch zum größten Teil schon dahin. Sie wurden der Arbeiterklasse während der verflossenen Jahre aus dem Kopf gejagt. Die Arbeiterklasse in Deutschland hat gesehen, daß zwischen der alten, reaktionären und der heutigen Polizeigewalt im sog. demokratischen Staat kein Unterschied besteht. Ganz klar und eindeutig, ich möchte fast sagen, noch viel klarer tritt heute der Gewaltcharakter der Polizei dem Proletariat gegenüber auf, noch viel klarer, als zur damaligen Zeit.

Wenn in Friedenszeiten irgendwo die Arbeiterschaft oder Teile der Arbeiterschaft einen Kampf um ihre Existenz, einen Streik geführt haben und die Polizei eingegriffen hat, gab es innerhalb der Arbeiterklasse einen Sturm der Entrüstung. Diese Fälle kamen nicht oft vor, aber oft genug, um der Arbeiterklasse empfindliche Hiebe zu versetzen. Ich erinnere daran, wie damals die sozialdemokratische Presse, die gesamte Arbeiterschaft tief empört darüber war, als die wilhelminische Polizei mit blanker Waffe gegen streikende Arbeiter vorging. Als es sogar soweit kam, daß ein Polizeibeamter einem Arbeiter die Hand abgehauen hat, war innerhalb der Arbeiterklasse in ganz Deutschland helle Empörung. Heute werden den Arbeitern nicht nur Hände abgehackt, sondern heute werden sie von der demokratischen Polizei totgeschlagen, wenn sie sich erlauben, einen Wirtschaftskampf zu führen, und wenn sie sich erlauben, diesen Kampf einheitlich und geschlossen zu führen. Das ist der Unterschied, der zwischen jener und der heutigen Polizei besteht. Man hat nach der Revolution dem deutschen arbeitenden Volk oft verschiedene Dinge gesagt, immer wieder neue Illusionen in die Köpfe gehämmert. Als sich dann die Dinge auf die Spitze getrieben haben und man den letzten Ausweg nahm, die Verschacherung an das Ausland durch den Dawespakt, hat man von dieser und von sozialdemokratischer Seite bis herüber zu den Deutschnationalen erklärt: Diese Lasten, die uns auferlegt worden sind, müssen wir gemeinsam, Reich und Arm, in Deutschland tragen. Diese Illusionen hat man der Arbeiterklasse, der schaffenden Klasse, erneut in den Kopf gesetzt. Man wollte damit sagen: Arbeiter, haltet Ruhe. Besonders die Arbeitervertreter im Parlament werden dafür sorgen, daß, wenn dort im Parlament die Dinge zur Sprache kommen und Gesetzesform annehmen, die Lasten nicht nur allein von den Armen, sondern auch von den Reichen getragen werden müssen.

Im Laufe der Jahre hat sich nun herausgestellt, was wir Kommunisten schon vorher gesagt haben, daß die gesamten Lasten des Dawespaktes einzig und allein auf die Schultern der Besitzlosen gewälzt worden sind. Und nun sagt der Abg. Martzloff von der Soz. Partei: Wir müssen deswegen die Polizei stärken und befestigen, weil die sozialen Verhältnisse es erfordern. Logisch diesen Gedanken weitergesponnen, kann man nur zu der Schlußfolgerung kommen: Die sozialen Verhältnisse verschlechtern sich, selbstverständlich nur so gemeint, daß die Masse des Proletariats darunter zu leiden hat. Deswegen muß also die Polizei verstärkt und gefestigt werden, damit diese starke Polizei das kämpfende Proletariat nieder-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

schlagen kann (Zuruf des Abg. Schreck). Wir haben also durchaus nicht die Auffassung wie die Sozialdemokratische Partei, und ich glaube, nicht einmal in der Sozialdemokratischen Partei, d. h. in ihrer Mitgliedschaft, ist diese Auffassung vorhanden, daß die Polizei in den Klassenkämpfen eine neutrale Rolle spielt. Wir haben hier in Baden eine sozialdemokratische Zeitung. Sie nennt sich „Volkswacht" und erscheint in Freiburg, der Heimat des Herrn Abg. Martzloff. Diese Zeitung schreibt folgendes: „Polizei oder Unternehmerschutz. Zur Zwischenlandung der Süddeutschlandflieger in Freiburg wird uns noch geschrieben: Polizei oder Unternehmerschutz-Garde? So mußte man sich fragen, als man am letzten Samstag anläßlich des sog. Flugtages anscheinend sämtliche Polizeikräfte, zirka 250 Mann, die Führer mit Orden und Ehrenzeichen angetan, auf den Begrenzungswegen des früheren Exerzierplatzes sich tummeln sah. Man kann wahrlich nicht umhin, zu sagen, daß das Interesse der Polizei in Hinsicht auf die öffentliche Sicherheit doch zu weit geht, wenn man die Zahl der zu erwartenden Flieger und das Publikum in Parallele stellt. Galt es in erster Linie dem Unternehmer zu einer ordentlich gefüllten Kasse zu verhelfen? Was wollten übrigens jene Polizeioffiziere, die in Lackstiefel, Orden und Sporen sich produzierten (Hört, hört!) und mit Autos die Front abfuhren? Wollten sie zeigen, daß der Dolch- (deutsche?) Militarismus noch lebt, und daß er nur noch einen kleinen Winterschlaf hält?

Ich frage: Seit wann treibt die Polizei Repräsentation mit überzähligen Polizeioffizieren, mit Autos und mit Maßnahmen, die über das polizeiliche Interesse hinausgehen?" Und zum Schluß fragt der Einsender: „Landtagsabgeordnete, habt ihr diese Verschwendung genehmigt?" In diesem Artikel ist ein anderer Sinn als: Die Polizei ist eine Polizei zum Schutze der demokratischen Republik. Hier wird ganz offen ausgesprochen, daß die Herren Offiziere heute ganz offen — das sehen wir ja tagtäglich, es ist keine Neuigkeit — in Orden und Ehrenzeichen, im Tragen des eisernen Kreuzes und so weiter sich auf der Straße zeigen, ja sogar wieder bei der Polizei den alten Kasernenhofton eingeführt haben, wie das einst der Fall gewesen ist. Das ist wiederum keine Behauptung von uns, sondern ich zitiere auch in dieser Frage die „Freiburger Volkswacht". Da heißt es:

„Entmilitarisierte Polizei.

Man schreibt uns: „Da ich in unmittelbarer Nähe einer Polizeistation wohne, glaubte ich mich immer geborgen unter dem Schutze der in meinem Bezirk ihren Dienst verrichtenden Polizeibeamten. Seit aber dort ein Leutnant, an dessen Brust das E. K. I. Klasse „prangt" und der sich des öfteren mit „Achtung rufen" und „Aufspritzen" von den Plätzen seitens der ihm anvertrauten Beamten empfangen läßt, so daß das Echo bis in meine gemütliche Stube dringt, dort eingezogen ist, beschleicht mich manchmal das Gefühl, als ob mein Geborgensein von früher doch ein Trugschluß war, und daß der republikanische Geist in unserer Polizei noch recht verkümmert ist. Ich fordere euch auf, ihr Straßenbahnschaffner, Kassenboten, Amtsdiener, Studentendiener, Gefängnisaufseher, Postbeamten und Eisenbahnbeamten, behängt auch ihr euch, wenn ihr in Uniform seid, mit dem „Bankrottabzeichen", damit wir diesen Spuk austreiben können, denn bekanntlich soll Belzebub nur mit Belzebub ausgetrieben werden können! Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß der Militarismus endgültig aus der Polizei verschwindet und zeitgemäßer Geist Einzug finden möge.

Ein um die Republik besorgter Sozialist."

(Heiterkeit).

Ich sage also, daß nicht wir Kommunisten allein die Behauptung aufzustellen brauchen, sondern daß die sozialdemokratischen Arbeiter ganz klar sehen und erkennen, wohin das Schiff der deutschen Republik gesteuert und an was für Klippen es bald ankommen und zerschellen wird. Diese Erkenntnis, die sich in den Massen des schaffenden Volkes durchringen wird — und die sich nicht allein auf die Fragen der Polizeigewalt, sondern auch auf die Fragen der Gendarmerie, des Militärs in Deutschland überhaupt bezieht —, wird die Entwicklung an den Punkt hindrängen, den ich vorhin bezeichnet habe: Die Entwicklung wird an dem Punkt angelangen, wo die beiden Gegensätze sich gegeneinander stellen und wo das bekannte „Hic Rhodus, hic salta"! von Karl Marx eben einmal zur Wahrheit werden wird.

Aber woher soll den auch innerhalb der Polizei ein demokratischer Geist kommen?

Im Reiche Severings, in Preußen, wurde nachgewiesen, daß die Beamten Severings von Demokratie oder von Republikanismus überhaupt nichts wissen wollen. Es wurde nachgewiesen, daß in den verschiedenen Abteilungen des preußischen Ministeriums des Innern zu acht bis neun Zehnteln reaktionäre obere Staatsbeamte sitzen, und daß nur ein einziges Prozent von der Sozialdemokratie, den Demokraten oder dem Zentrum gestellt wird. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß diese Staatsbeamte, die sich seit dem November 1918 mit dem Munde zur Republik bekannt haben, innerlich etwa anders gesinnt seien als jene neun Zehntel reaktionärer Oberbeamten. Aber diese Erscheinung ist charakteristisch. Wie soll denn unter solchen Verhältnissen irgendwie ein demokratischer und republikanischer Gedanke hochkommen können? oder wie soll es möglich sein, gegen Bestrebungen vorzugehen, die sich gegen die Republik richten und darauf abzielen, ihren Lebensnerv zu unterbinden, wo doch der ganze deutsche staatliche Apparat heute noch verseucht ist mit den früheren wilhelminischen reaktionären Beamten?

Denn es ist doch wirklich kein Geheimnis, daß, auch schon ehe die Geheimbündeleien der letzten Zeit aufgedeckt worden sind, sich die rechts gerichteten Organisationen ganz offen und öffentlich organisiert und zusammengeschlossen haben — ganz offen unter den Augen der Severing-Regierung und der Reichsregierung! Es wurde ihnen nichts in den Weg gelegt. Hie und da hat man einmal gelesen, daß man da oder dort einem Verschwörernest auf die Spur gekommen ist, daß da und dort einige Leute ausgehoben und in Gewahrsam gebracht worden sind — und am nächsten Tag konnte man dann wieder lesen: An der Sache war nichts Wahres! und dann hat man sie wieder auf freien Fuß gesetzt (Rufe rechts: Wo?). Ja natürlich, sogar Mörder! Mörder (Zurufe aus der kommunistischen Fraktion: Erhardt!), sogar Mörder hat man in der freien deutschen Republik auf freien Fuß gesetzt. Es handelte sich um Mörder aus rechts-gerichteten Organisationen (Zuruf rechts). Man ist nicht dazu übergegangen, ein so strenges Gericht über sie zu halten, wie man es gegenüber den Vertretern des Proletariats getan hat, die sich nach Ihrer Auffassung an der Staatsform vergangen haben sollen! Dazu ist man, wie gesagt, nicht übergegangen, sondern man hat sie frei laufen lassen. Wo soll denn dann auch etwas anderes herauskommen? Es ist ja gar nicht möglich!

Niemand wird glauben, daß infolge der Veröffentlichung der Verschwörerorganisationen in Deutschland diese Organi-

(Abg. Ritter [Komm. P.])

sationen nun spurlos verschwunden seien. Sie hatten sich ja, wie Ihnen wohl allen bekannt sein wird, sich schon ihre Verfassung zurecht gelegt, wonach alles in Deutschland mit dem Tod bestraft war (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Ach!). Niemand soll glauben, daß diese Organisationen spurlos verschwunden sind — und gerade die Debatten hier im Landtag beweisen das, was ich sage — (Zurufe). Stärker fühlen sie sich! Sie sind noch mehr befestigt. Man hat Leute verhaftet und hat sie wieder laufen lassen (Zuruf). Wieder laufen hat man sie lassen! Ja, auf der gegnerischen Seite, auf der Seite dieser Vertreter der Reaktion hat man sogar noch die Frechheit besessen, den Polizeipräsidenten von Berlin zu verklagen; man ist noch weiter gegangen und hat sogar den preußischen Innenminister wegen „Freiheitsberaubung" und anderer Dinge verklagt (Zuruf rechts: So ist es recht!). Das ist möglich in der deutschen Republik (Zuruf des Abg. Klaiber). Und dann spricht man davon, daß nun die Staatsform, wie der Herr Abg. Dr. Hoffmann gesagt hat, „befestigt" sei (Zuruf: Natürlich!). Über eine solche Auffassung muß man lachen. Ich glaube, das ist nicht die innere Auffassung des Herrn Dr. Hoffmann gewesen.

Bei der Aufdeckung dieser ganzen Verschwörergesellschaft wurde doch dann ganz klar nachgewiesen, daß man hier in allem Ernste es mit einer großen Gefahr zu tun hatte. Allerorts ist man davon überzeugt gewesen, allerorts! ich glaube, sogar in den Reihen sozialdemokratischer Arbeiter ist man dieser Überzeugung gewesen. Allerdings glaube ich nicht an das Märchen vom „letzten Augenblick"; ich habe vielmehr die Auffassung, daß man verschiedene Dinge schon längst gewußt hat; man hat eben nur die Kenntnis dieser großen Gefahr dem deutschen Proletariat vorenthalten. Auf einmal aber kam diese Gefahr zum Ausdruck. Ich betone, daß man auf Seiten des Proletariats und seiner Organisation die große Gefahr, die tatsächlich bestand, nicht verkannt hat, allerdings ging es dabei weniger um den Bestand der Republik als vielmehr nur um Sein oder Nicht-Sein der deutschen Arbeiterklasse. Denn das ist der Zweck der Übung bei all diesen Dingen, die man auf der rechten Seite organisiert.

Beständig hat man auch die Behauptung aufgestellt — und ich glaube, daß diese Behauptung auch heute noch festgehalten wird —, daß wir in Baden ja, Gott sei Lob und Dank, mit solchen Dingen nichts zu tun hätten. Vor vier Wochen hat die „Mannheimer Arbeiterzeitung" einen Artikel gebracht; in diesem hat sie die Nachricht wiedergegeben, daß vor dem Bahnhofhotel in Hausach eine Anzahl von Auto vorgefahren sind — was ja an sich nichts besonderes ist (Zuruf des Abg. Klaiber) —, daß aber die Anzahl der Autos so groß war, daß sie auffiel; die Autos wurden von dortigen Arbeitern gezählt und es wurde die Zahl 21 festgestellt; ebenso wird weiter berichtet, daß eine Masse von Leuten abgestiegen sind, in dieses Hotel gingen — und dort im Nebenzimmer dieses Hotels eine geschlossene Sitzung bei verriegelten Türen abgehalten haben! (Rufe rechts: Na, na!). Unter diesen Leuten, so wurde uns berichtet, befand sich der reaktionäre Sixt von Arnim (Zuruf des Abg. Schreck) und, wie nachträglich festgestellt wurde, verschiedene andere deutsche Offiziere. Ich meine, diese Leute gehen doch nicht zum Vergnügen dorthin! es geschieht doch nicht zum Vergnügen, daß sie die Türe abriegeln! Es durfte auch keine Bedienung vorgenommen werden. Also hier handelt es sich doch um Dinge, die sehr bedenklicher Natur sind (Zuruf rechts. Und dann ist es ausgegangen wie das „Hornberger Schießen"!). Ja wir haben nämlich nichts davon gelesen, daß das Ministerium des Innern diese Nachricht der „Arbeiterzeitung" dementiert hätte (Minister des Innern Remmele: Da hätten wir viel zu tun! Zuruf aus dem Hause: Das ist unglaublich, so etwas!). Nein, das ist nicht etwas Unglaubliches! für uns ist es ganz klar, daß man auch von seiten des Innenministeriums aus diesen Dingen in Baden ihren freien Lauf läßt und daß man nicht versucht, beizeiten einzugreifen.

Voriges Jahr hat der Minister des Innern einmal erklärt, daß es in Baden verschiedene Ortschaften gibt, wo sich die sogenannten Hitlerorganisationen breitmachen (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: Auch in Bayern!). Selbstverständlich auch in Bayern. Aber in Baden sagt man immer: „So etwas gibt es nicht, wir sind eine demokratische Republik, das Musterländle, das kann in Baden nicht vorkommen." Da wurde von seiten des Ministers des Innern darauf verwiesen, daß auch zum Beispiel in Neulußheim sich Leute breitmachen, die Arbeiter belästigen usw. Es ist ja nicht im Zusammenhang mit der Landespolizei zu sagen, sondern mit der Polizei der Gemeindeverwaltung; aber immerhin ist es Polizei, die die Interessen der Republik wahren soll nach der Auffassung der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei.

Nun hat vorgestern die „Arbeiterzeitung" wiederum einen Artikel gebracht — vielleicht ist der Herr Minister später, wenn er Antwort gibt in der Lage, auch darauf die Antwort zu geben —, wonach ein Hitler-Gemeinderat (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: Was ist das für einer?) nach einem Wortwechsel einen Arbeiter mit dem Beil blutig geschlagen hat (Abg. Klaiber: Schöner Gemeinderat, das! — Heiterkeit), ohne daß der Arbeiter irgend etwas getan hat (Abg. Klaiber: Der wäre mir recht gekommen! — Heiterkeit). Es muß ja für die Sozialdemokratische Partei sehr erfreulich sein, wenn Sie dort drüben (zur Bürgerlichen Vereinigung gewendet) die demokratische Polizei verhohnebibeln! Eine sehr feine Sache! (Abg. Klaiber: Ich habe nur gesagt, der wäre mir recht gekommen!) Diese selben Hitlerbanditen haben dann nachts ein regelrechtes Attentat auf einen Arbeiter gemacht, einen regelrechten Mordversuch auf einen Arbeiter unternommen, der Kommunist ist. Nachdem der Mann zu Hause war, haben sie sich an das Fenster herangemacht und wollten anscheinend durchs Fenster schießen; der Mann merkte dies, ging aus seiner Behausung, um nachzuschauen, was sich da an seinem Hause herumschleiche, und kaum war er im Garten, so wurde auf ihn geschossen, und die zwei Hitlerbuben sind dann ausgerückt in ihr Parteilokal, wo sie sich sicher fühlten. Der Mann ging nach dem Polizeidiener suchen; es war aber unmöglich, einen zu finden, obwohl es in jener Gemeinde zwei Polizisten gibt. Nachträglich stellte sich heraus, daß die zwei Polizisten um 3 Uhr frühmorgens, Herr Minister (Minister des Innern Remmele: Was gehen denn die mich an! — Heiterkeit) mit dieser ganzen Gesellschaft aus der Hitlerwirtschaft herausgekommen sind (Abg. Schreck: Mordversuche gehen Sie nichts an! — Minister des Innern Remmele: Nein, das geht mich wirklich nichts an!). Um 4 Uhr wurde festgestellt, und zwar alles einwandfrei durch Zeugen belegt (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: Das kennt man!) — wurde festgestellt, daß diese zwei Polizisten mit diesen Hitlerleuten aus dem nahen Wald gekommen sind, wo sie sich beratschlagt hatten (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung). Das nennt man in Deutschland „Angsthaben", wie Herr Dr. Schmitthenner es zum Ausdruck gebracht hat, daß die deutsche oder badische Polizei zu stark oder überhaupt politisiert werden könnte. Hier kommt ganz klar und eindeutig die politische Auffassung einiger Polizeibeamter eines badischen Dorfes zum Ausdruck; kla-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

rer kann sie wohl nicht mehr zum Ausdruck kommen. Ich bin verpflichtet, wenn ich zum Polizeietat Stellung nehme, selbstverständlich zum Ausdruck zu bringen, was wir wissen und worauf sich das Ministerium des Innern konzentrieren und worauf es sein wachsames Auge richten kann.

Ich weiß nicht, was in der anderen Geschichte gemacht worden ist, wo man in Mannheim bei einem Polizeibeamten drei Gewehre gefunden hat. Zu was ein Polizeibeamter in seiner Behausung drei Gewehre braucht, das ist vollständig rätselhaft (Abg. Klaiber: Waffensammlung!), und zwar Militärgewehre. Wenn man eine Waffensammlung zusammenstellen will, Herr Kollege Klaiber, so genügt es, wenn man eines hat! Aber die Waffensammlungen in Ihren Reihen kennen wir heute zur Genüge! (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung) Was tut ein Polizeimann heute mit drei Gewehren? Durch einen Zufall wurden diese drei Gewehre in der Wohnung dieses Polizeimannes entdeckt: er ließ seine Wohnung renovieren, und die Arbeiter haben dann dort versteckt diese drei Gewehre und eine Pistole gefunden. Man hat nirgends lesen können, daß dieser Polizeimann verhaftet worden ist, daß gegen ihn ein Verfahren eingeleitet worden ist wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz. Wenn das bei einem Kommunisten gefunden worden wäre, dann würde er sofort hinter Schloß und Riegel gekommen sein, sofort wäre ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen ihn eingeleitet worden. Aber hier ist es ein „Hüter der Ordnung", ein „Hüter der demokratischen Republik", und er darf daher Gewehre im Besitz haben. Ich nehme nicht an, daß schließlich der Minister des Innern vorher etwas davon gewußt hat (Minister des Innern Remmele: Natürlich!), daß in jener Wohnung irgendwie Waffen verborgen gewesen sind.

Ich habe eingangs meiner Ausführungen erklärt, daß der Voranschlag der Abteilung Ministerium des Innern ganz klar die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg zeigt. Der Herr Abg. Marzloff hat erklärt, über 4 Millionen Mark mehr müssen dieses Jahr für die Polizei ausgegeben werden, als voriges Jahr ausgegeben worden sind. Man muß die Positionen durchnehmen, um zur Erkenntnis zu kommen, zu was für Zwecken diese Mehranforderung eigentlich gebraucht wird! Wenn die Polizisten in der Republik „Berater für das Volk" sein sollen, wenn sie „Beschützer für das Volk" sein sollen, so ist es wirklich nicht notwendig, daß diese Polizei in Kasernen eingesperrt wird, so ist es nicht notwendig, daß man wieder den schärfsten militärischen Drill bei dieser Polizei einführt, so ist es nicht notwendig, daß man bei der Polizei Tanks anschafft, so ist es nicht notwendig, daß man Handgranaten anschafft (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung), so ist es nicht notwendig, daß man eine solche Masse von Munition und weiteren Waffen anschafft. Wenn der Polizeimann in der deutschen Republik ein Berater und Behüter sein soll, dann ist das alles nicht notwendig. Zum Beraten braucht man keine Tanks. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach glaubt man die große Masse des deutschen arbeitenden Volkes von der Idee der demokratischen Republik mit dem Lernmittel der Mordwaffen und der Tanks zu überzeugen. Das muß man annehmen, wenn man diese Summen in Betracht zieht, die ausgegeben werden, um Neuanschaffungen bei der Polizei zu bewerkstelligen. Hier kommt ganz klar der Charakter dieser Polizei als einer militarisierten Schutztruppe für die Interessen der Kapitalisten zum Ausdruck.

Aber nicht allein bei der Schutzpolizei sind solche Ausgaben festzustellen, sondern auch sonst im Ministerium des Innern. Wir möchten, da wir es nicht wissen, aber sehr neugierig sind, vom Innenminister folgendes wissen: es heißt unter Titel V § 3: „Andere persönliche Ausgaben: a) Vergütung für nebenamtlichen Unterricht 18 000 RM., b) Vertragsangestellte 26 800 RM." Wir sind nicht so eingeweiht in diese Dinge, wie dieser Voranschlag zustande gekommen ist (Abg. Klaiber: Wir auch nicht!), Vielleicht sind Sie dann auch darüber neugierig, Herr Klaiber! Sind Sie nicht neugierig? — Vielleicht sagt uns der Herr Minister, für was für Zwecke diese Gelder gebraucht werden (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: Es steht ja da!).

Aber ganz klar kommt der Charakter der Gesamtpolizei noch dadurch zum Ausdruck, daß in dem Voranschlag Titel V § 9 zum Ausdruck kommt „Kosten bei geschlossenem Einsatz". Ich glaube, man kann die Voranschläge des früheren Staates durchgehen (Abg. Dr. Glockner: Dafür ist ja gar nichts eingesetzt, da ist ja eine leere Stelle — Heiterkeit — Abg. Dr. Glockner: Was steht denn darin? Früher waren es 20 000 Mark).

Die Lächerlichkeit, die Sie hier zum Ausdruck bringen, kann uns von dem Gegenteil nicht überzeugen. (Widerspruch.) Wir fassen sie von einem ganz ernstlichen Standpunkte aus auf. Es heißt dann weiter unten in § 9: Die Kosten werden im Bedarfsfall aus § 8 bestritten. Also steht § 8 sehr eng im Zusammenhang mit dem § 9 (Zuruf: 9!) Ob man jetzt neun oder 8 sagt, bleibt sich in diesem Falle gleich. Bei der Besprechung dieser Dinge ist das ganz egal. Man müßte höchstens ein Jurist sein wie der Herr Dr. Glockner, daß man sagt, man muß absolut nach den § gehen. Da sind eben eingesetzt 100 000 Mark. Wir haben nun einmal die Auffassung, daß diese 100 000 Mark restlos aufgebraucht werden für die Kosten sogenannter Kommandos. Diese Kommandos sehen nach unserer Auffassung, weil wir sie praktisch schon gesehen haben, und weil sie die Arbeiterschaft praktisch am eigenen Körper schon verspürt hat, folgendermaßen aus: Diese Kommandos braucht man dann, wenn die Arbeiterschaft es sich irgendwo erlaubt, für ihre Existenz den Kampf zu führen. Zwar wurde hier gestern im Zusammenhang der Besprechung mit der Wirtschaftslage gesagt, daß es zur gegebenen Zeit unter keinen Umständen angehen könnte — und sogar sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte haben diese Auffassung — Lohnerhöhungen zu stellen. Weil nun aber die Arbeiterklasse die Auffassung der Gewerkschaftsführer gar nicht einsieht oder nicht anerkennt, sondern auf Grund ihrer Existenz gezwungen ist, gegen den Willen dieser Reformisten Kämpfe zu führen um höheren Lohn, deswegen muß man natürlich von seiten des Staates solche Kommandos haben, weil ja bei solchen Lohnkämpfen, die die Arbeiter führen, der Staat, die Republik in Gefahr kommen könnte.

Wir haben in Baden z. B. verschiedentlich diese Kommandos nicht allein gesehen im Schritt und Tritt, sondern ihre Tätigkeit, und zwar nicht allein ihre Tätigkeit mit dem Gummiknüppel, sondern auch ihre Tätigkeit mit ihren Gewehren und sonstigen Waffen, mit Handgranaten und Panzerwagen. Das ist das wiederum, was wir heute früh von seiten des Herrn Abg. Marzloff zum Ausdruck gekommen ist, die sozialen Verhältnisse liegen so, daß wir unsere Polizei befestigen und stärken müssen. Hier kommt wieder ganz klar zum Ausdruck der einseitige Charakter der Polizei, und zwar dahingehend, daß diese Polizei ausgesprochen nur das Werkzeug dieses Klassenstaates und seiner Machthaber ist und nur zu dem Zwecke benützt wird, um die Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampf niederzuschlagen. Sie sorgen ja selbst dafür, die bürgerlichen Parteien, daß die Arbeiter gezwungen werden, die-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

sen Kampf zu führen. Sie machen die Arbeiterklasse zum Totengräber ihrer eigenen Klasse. Jetzt erst im Reichstag, wo die Fürstenkomödie aufgeführt worden ist, hat man in diesem Zusammenhang zu gleicher Zeit noch ein anderes Geschäft beraten und beschlossen, und zwar die Erhöhung der alten bestehenden Zölle. Bekanntlich soll ein Handelsvertrag mit Schweden abgeschlossen werden und soll dieser Handelsvertrag ab 1. August Tatsache werden. (Zuruf: Badische Polizei!) Ja, ich spreche dazu, weil das jedem Abgeordneten erlaubt ist und man es heute früh auch anderen erlaubt hat (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Abg. Ritter, ich habe Ihre Redefreiheit wirklich nicht beschränkt, jetzt geht es aber zu weit. Wir haben zweimal politische Debatten erlebt, eine dritte wollen wir nicht aufziehen. Wir sind beim Titel Polizei, und ich bitte wirklich, zur Polizei zurückzukehren.

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Ich habe hier geglaubt, und das eingangs meiner Ausführungen zum Ausdruck gebracht, weil von jeder Partei heute früh diese politische Debatte aufgezogen worden ist, daß dasselbe Recht im Landtag den Kommunisten zustehen müsse. Wenn das den Kommunisten nicht zusteht, zeigt man nur, daß man hier im Landtag gegen die Kommunisten eine Ausnahme macht.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Ich kann das nicht gelten lassen. Ich glaube, Sie können sich nicht beklagen, daß gegen Sie eine Ausnahme gemacht wurde. Ich kann auch zu Ihren Gunsten keine Ausnahme machen. Es ist wirklich genug mit der politischen Debatte.

Abg. **Ritter** (fortfahrend):

Ich sage, daß die schlechten Wirtschaftsverhältnisse, die durch die Politik der bürgerlichen Parteien geschaffen werden, weil sie einen Ausweg suchen, um sich zu erhalten, die unteren Klassen auf den Plan rufen müssen und daß dieselben sich wehren müssen im Kampf um ihre Existenz. Dieser Kampf der Arbeiterklasse wird, trotzdem, daß der Staat und seine Träger versuchen, ihn mit Eisengewalt und Polizeigewalt niederzuschlagen, nicht vermeidbar sein. Er wird kommen müssen. Wir bedauern nur und das kommt immer bei uns zum Ausdruck, daß gerade bei der Polizei, zum großen Teil wiederum herausgeboren aus den heutigen schlechten Verhältnissen, sich ein großer Teil Proletarier befinden, Klassengenossen, die sich als Werkzeug dieses Staates benutzen lassen, um gegen die eigenen Klassengenossen vorzugehen. Das bedauern wir aufrichtig, wir sagen es immer, daß diese Leute versuchen sollen, so rasch wie möglich, innerhalb der Polizei den Kampf für ihre eigenen Interessen genau so zu führen, wie die Arbeiterklasse ihren Kampf führt und daß sie, weil sie als Handwerkszeug von der Reaktion gegen die Arbeiterklasse benutzt werden, nur einen Weg haben zur gegebenen Zeit, sich zu verbünden mit der Arbeiterklasse gegen die Klasse, von der sie sich haben benutzen lassen. Wir hätten noch die Forderung zu stellen, die natürlich wenig Anklang finden wird, weil sie von Kommunisten gestellt wird — weil gerade innerhalb der Polizeiorganisation ganz kraß zum Ausdruck kommt, der Unterschied der Entlohnung, daß die Polizeibeamten der untersten Gruppen wirklich kein Dasein führen können, das man vergleichen könnte mit einer auskömmlichen Existenz, besonders wenn man berücksichtigt, was sie in den Kasernen für die Verpflegung von diesem Staate abgezogen bekommen. Hier sollte man wiederum versuchen, den höheren Beamten, die ja ganz bewußt im Dienste des kapitalistischen Staates stehen und ganz bewußt wissen, zu was für einem Zweck sie die unteren Polizeibeamten benutzen, diesen höheren Beamten sollte man wahrlich an ihrenn hohen Gehältern streichen und sollte versuchen, den unteren Beamten damit entgegenzukommen.

Heute haben wir noch etwas anderes im Ministerium des Innern zu besprechen, was aber auch zum Ministerium des Innern gehört. Es sind im Laufe der Zeit wiederholt an mich Leute herangetreten, auf Grund der ungeheueren Arbeitslosigkeit, Leute, die schon 20 und 25 Jahre sich in Deutschland befinden, die in dem Betriebe, wo sie arbeiten und gearbeitet haben, ihre Sozialversicherung haben bezahlen müssen, von denen sogar Söhne dieser Familien auf deutscher Seite während des Krieges gegen den sogenannten Erbfeind gekämpft haben. Man verweigert immer diesen Leuten die Erwerbslosenunterstützung, indem man ihnen sagt, daß sie Franzosen seien und wenn dann diese Leute dazu übergehen wollen und wollen sich naturalisieren lassen (Zuruf: Naturalisieren!), so erklärt man, daß das nicht ginge, weil sie Franzosen seien auf Grund des Versailler Vertrags.

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Abg. Ritter, das müssen Sie bei Titel VII Soziale Versicherung bringen, nicht bei Polizei.

Abg. **Ritter**:

Ich muß noch einmal betonen, der Herr Abg. Obkircher hat heute früh erklärt, daß er zum ganzen Ministerium des Innern spreche und zu den verschiedenen Paragraphen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Herr Abg. Ritter, der Herr Abg. Obkircher hat lediglich zum ganzen Titel Polizei und Gendarmerie gesprochen. Wir haben für das Kapitel Soziale Fürsorge einen ganzen Titel, den Titel VII, da ist Gelegenheit zu sprechen.

Abg. **Ritter** (fortfahrend):

Wenn man es jetzt nicht zulassen will, werden wir uns begnügen und später, wenn dieser Titel daran kommt, diese Sache vorbringen. Ich komme noch einmal zur Polizei zurück. Ich sage, hier sieht man ganz klar, daß für die Bewaffnung der Polizei sehr viel Geld ausgegeben wird, ebenfalls wieder nur zu dem Zweck, diese Waffen gegen das Proletariat zu benützen.

Wir stehen heute nach wie vor grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir jeden Etat ablehnen, auch dann, wenn wir Verbesserungsanträge zu diesem Voranschlag gestellt haben. Das war auch früher bei der sozialdemokratischen Partei der Fall. Vielleicht können Sie sich noch entsinnen. Von der sozialdemokratischen Partei wurden in Friedenszeiten immer Abänderungsanträge gestellt und der Voranschlag wurde nachträglich zum Schlusse doch abgelehnt bis zu den Jahren 1907 und 1908. Dort ist man in Baden seitens der Sozialdemokratie dazu übergegangen, nachdem die Hofgängerei den Anfang genommen hat, den Etat zu bewilligen. Damals hat die sozial-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Ritter** [Komm. P.])

demokratische Partei in der Frage der Budgetberatung, ihre Stellungnahme zum Budget, wie wir Kommunisten ihn vertreten. Weil Sie es ableugnen wollen, daß Sie heute einen anderen Standpunkt einnehmen wie früher, will ich Ihnen ganz kurz in die Erinnerung zurückrufen, wie man früher innerhalb der sozialdemokratischen Partei auf den Parteitagen gekämpft hat um die Frage der Budgetberatung, um die Stellungnahme zum Budget (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie vergessen, daß das ein anderer Staat war, das wissen Sie nicht!).

Ich glaube, es ist nach Ihrer eigenen Presse klar nachgewiesen worden, daß ein Unterschied zwischen dem Staate von früher und dem Staate von heute durchaus nicht existiert. Es kam von uns in der Generaldebatte zum Ausdruck, daß sich nur das Aushängeschild gewechselt hat, der Inhalt in seiner Verwaltung, in seinen Machtapparaten ist derselbe und noch schlimmer, als der alte gewesen ist. Deshalb dieser Kampf von unserer Seite gegen diese Staatsform und gegen alle Einrichtungen dieses Staates. Das war früher die Auffassung der sozialdemokratischen Partei. Die Resolution auf dem Nürnberger Parteitag sagt das ganz klar, was ich zum Ausdruck gebracht habe. Ich werde es verlesen, damit Sie nicht wieder kommen können und können sagen, sie vertreten heute noch den Standpunkt, den sie früher vertreten haben. Das, was Sie früher vertreten haben, war grundsätzlich etwas anderes, als was Sie heute vertreten. Hier heißt es folgendermaßen:

> „Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die Aussprechung, daß der Staat, solange er sich in der Hand der besitzenden Klasse befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt, und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist."

Das war einstmals die Stellungnahme der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei zu jener Zeit; es gab aber auch schon eine starke Minderheit zur damaligen Zeit, die den rein reformistischen Standpunkt vertreten hat, diesen Standpunkt, den die Sozialdemokratie zum Budget zur damaligen Zeit vertreten hat, vertreten wir grundsätzlich heute noch und lehnen deshalb den Voranschlag ab (Beifall bei den Kommunisten).

Minister des Innern **Remmele**:

Was in Preußen vorgeht, kann mich selbstverständlich nicht interessieren, und die Staatsaufsicht über die Gemeindepolizei ist auch, insoweit nicht direkte Verletzungen der Verpflichtungen bestehen, beschränkt.

Der Herr Abg. Marxloff hat die Frage an mich gerichtet, ob es richtig sei, daß wir in einer Verfügung zur Forcierung von Strafanzeigen aufgefordert hätten, mit anderen Worten, ob versucht worden sei, recht viele Strafanzeigen von draußen hereinzubekommen. Diese Frage beantworte ich mit einem glatten Nein, selbstverständlich „Nein". Es handelt sich dabei um folgende Vorgänge. Die Fremdenanmeldung in den Hotels werden in den Städten jeweils in der Nacht auf unseren Polizeibüros durchgearbeitet und in Vergleich gestellt mit den Steckbriefregistern. Es handelt sich nicht darum, recht viel Strafanzeigen zu bekommen, sondern darum, vorgeschriebene Anordnungen durchzuführen.

Wenn der Wunsch ausgesprochen worden ist, den Polizeihelm abzuschaffen, so läßt sich dieser nicht ohne weiteres erfüllen. Wir machen diese Frage nicht zu einer Streitfrage, Tschako oder Helm. Jetzt, wo wir Helmersatz brauchen, haben wir, wie das in Mannheim der Fall ist, mit dem Tschako Versuche gemacht. Die Frage, welche der beiden Bedeckungen für den Mann die bessere ist, sich leichter trägt, ist noch nicht entschieden, man muß aber zugeben, nachdem der Tschako in anderen Ländern allgemein eingeführt ist, man sich im großen ganzen dieser Bekleidungsart anpassen wird.

Es ist sodann vom Herrn Abg. Marxloff Mitteilung gekommen von dem Selbstmordversuch eines Polizeibeamten in Mannheim. Die erhobene Meldung sagt uns, daß der Mann allerdings bei der Beamtenbank eine Überziehung seines Kredites um 800 M. hat, aber zweitens häusliche Streitigkeiten vorliegen. Es handelt sich im allgemeinen um einen nicht allzulange im Polizeidienst tätigen Beamten, gegen dessen Dienstführung nichts einzuwenden war, so daß man diesen Vorgang nicht ohne weiteres auf das Gebiet der schlechten Entlohnung oder Gehaltszahlung stellen kann.

Herr Abg. Dr. Schmitthenner hat vorhin bei Einleitung seiner Ausführung den Satz ausgesprochen, daß anläßlich des Besuchs des Reichspräsidenten die schwarz-weiß-rote Fahne generell von der Straße (Zurufe rechts) verwiesen worden sei. Ich habe im vorigen Jahre schon mitgeteilt, und bitte das zu beachten, daß diese Darstellung nicht richtig ist. Soweit eine Verweisung erfolgte, so geschah das gegenüber Organisationen, die die schwarz-weiß-rote Fahne leider zu einer Kampffahne für ihre Bestrebungen gemacht haben.

Was nun aber die andere Bemerkung angeht, die verschiedentlich wiederholt worden ist, der Etat der Polizei sei um 4 000 000 M. höher, als derjenige von 1924/25, so trifft doch auch wiederum hier der Satz zu, den ich schon wiederholt ausgesprochen habe, daß man unmöglich 1924/25 mit 1926/27 vergleichen kann, denn auch für die Polizei war damals im Jahre 1924 nach Abschluß des Etats die Tatsache maßgebend, daß dieser Etat damals wenige Wochen nach Abschluß des Landtags nicht mehr gegolten hat und infolge der Gehaltserhöhung hinaufgesetzt worden ist.

Über die Frage der Besoldung im einzelnen und der Aufrückungsmöglichkeit möchte ich doch hier im Plenum auf das, was der Herr Abg. Dr. Schmitthenner gesprochen hat, hier nicht weiter eingehen. Wir haben darüber im Haushaltsausschuß Gelegenheit gehabt, uns auszusprechen, und die Absicht besteht ja, im Laufe des nächsten Winters auf diese Fragen zurückzukommen. Ganz allgemein möchte ich aber bitten zu beachten, daß es falsch ist, wenn gesagt wird, für die Aufrückungsstellen kämen nur Polizeioffiziere in Betracht. Das wäre eine grundverkehrte Stellungnahme. Die Aufrückungsstellen, und zwar bis zu den obersten Stellen mit Ausnahme der Stellen, wo juristisch vorgebildete Beamte in Betracht kommen, sind für alle Polizeibeamte offen, ausnahmslos, sofern sie die dafür entsprechenden und vorgeschriebenen Prüfungen und Nachweisungen erbringen.

Es ist die Sprache davon gewesen, daß einzelne Beamte des vorgeschrittenen Alters wegen, weil sie schon 20 und mehr Jahre im Dienste seien, nicht mehr aufrücken könnten. Das war bei Beratung der Besoldungsordnung der Fall gewesen vor 1—1½ Jahren. Es kamen etwa 140 Beamte damals in Betracht. Von diesen ist der allergrößte Teil bereits von Gruppe V nach VI vorgerückt, und nur wenige sind noch übrig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern Remmele)

Es ist da vorhin hingewiesen worden auf einen Vorgang in Hornberg, der sich aber in Hausach abspielte und wobei es sich um den Besuch von Herren der Reichswehr, die aus Berlin und anderen Städten in den Schwarzwald gekommen sind, handelte. Die Leute haben einen Abstecher gemacht und haben in einem Gasthof zu Mittag gegessen (Bei den Kommunisten: Hört, Hört!). Nicht hört, hört, das ist die Tatsache (Abg. Schreck: Die sind beobachtet worden von 4 Arbeitern, die können bezeugen, was dort war!). Die fortwährenden Unterstellungen gegen die Polizeiorgane sind etwas Unerhörtes. Es ist nicht ein Fall nachgewiesen, nicht ein Fall zur Diskussion gestellt worden, wo die Polizei in einen Lohnkampf in Baden Partei ergriffen hat (Zurufe bei den Kommunisten: Lörrach, Metallarbeiterstreik in Mannheim!) Partei ergriffen hat gegen die Arbeiterschaft. Wenn Sie den Fall in Lörrach meinen, so bin ich der Auffassung, hätten Sie alle Veranlassung, recht ruhig zu sein (Zuruf von den Kommunisten: Durchaus nicht!). Dort haben Sie einen normal verlaufenen Lohnkampf für Ihre Zwecke zu politischen Zielen ausnützen wollen (Zuruf des Abg. Ritter: War bis zu Ende ein Wirtschaftskampf und kein politischer Kampf, die Polizei hat ihn erst zum politischen Kampf gemacht!). Herr Abg. Ritter, diese Dinge sind vom früheren Landtag festgestellt worden. Die Feststellungen im Gerichtssaal, die entsprechenden Aburteilungen haben die Antwort gegeben, um was es sich hierbei handelte. Ich behaupte aber, die fortwährende Argumentierung, als ob die Polizei als Ganzes genommen, oder als Einzelnes gesehen, sich darum irgendwie kümmere, ist eine Beleidigung für die Beamten, die ich hier vor aller Öffentlichkeit dieserhalb in Schutz nehmen muß.

Ich gebe nun in einer Frage der Kritik recht. Das Aufgebot von Polizei bei größeren Festlichkeiten wie Radrennen, Flugfestlichkeiten, hatte auch ich zu beanstanden. Wir haben dafür gesorgt, daß baldigst Korrektur einsetzt. Wahrscheinlich kommen wir jetzt, da die Inanspruchnahme der Polizei seitens privater Vereinigungen allzu stark in die Erscheinung tritt, dazu, daß die Vereine die Kosten, die dadurch entstehen, ersetzen müssen. Das geht nach meinem Dafürhalten zu weit, daß wir bei solch größeren Veranstaltungen, wo Tausende von Menschen zusammenkommen und wobei ein Geschäft gemacht wird, daß der Staat seinerseits all die Fürsorge durchführen und auch die Kosten dafür tragen soll. Wenn wir nun so vorgehen, wird sich die Zahl des Aufgebots von selbst verringern (Abg. Klaiber: Vielleicht werden dann auch weniger Feste veranstaltet!). Wenn das möglich wäre, so wäre uns das selbst sehr angenehm.

Was noch die Bemerkung anbelangt hinsichtlich des Aufwands für nebenamtlichen Unterricht und Vertragsangestellte, so habe ich nur zu erklären, daß diese Ziffern meines Wissens im Haushaltsausschuß eingehend durchgesprochen worden sind. Sie können nicht beanstandet werden, weil es sich in dem einen Falle um Angestellte in unseren Paßbüros handelt und im anderen Fall um Unterricht (Zuruf links: Mannheim!).

Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist im Gange und geht infolgedessen die Polizei nichts mehr an, genau wie auch die Angelegenheit in Neulußheim, wo auch die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hand genommen hat; von diesem Augenblick an geht sie den Minister des Innern nichts mehr an.

Abg. Lang (Bürgerl. Ver.):

Mein Fraktionsfreund, Herr Kollege Dr. Schmitthenner, war so liebenswürdig und hat mich angemeldet, daß ich als Praktiker des Kleingewehrschießens zu Ihnen sprechen werde. Ich will keine große Rede halten, sondern nur einiges klar stellen. Mir waren die Dinge bekannt, daß Mitglieder der Kleinkaliberschützenvereine auf ihre politische Gesinnung untersucht werden. Ich hätte dazu nicht das Wort ergriffen, denn eine Erklärung, die von seiten des Verbandsvorsitzenden des badischen Sportverbandes für Kleinkaliberschießen in unserem Organ erschienen ist, hat mir genügt. Sie lautet folgendermaßen:

An unsere Kleinkaliberschützenvereine!

Aus allen Gegenden Badens wird mir berichtet, daß in letzter Zeit seitens der Behörden Vernehmungen über die politische Einstellung unserer Kameraden stattgefunden haben. Dadurch scheint in manchen Vereinen große Unruhe und Erregung entstanden zu sein.

Kameraden! Wir können mit allergrößter Ruhe dem Ergebnis dieser Untersuchungen entgegensehen, denn es wird dem Ministerium hoffentlich endlich die Überzeugung beibringen, daß in unseren Vereinen überhaupt keine Politik getrieben, sondern nur Sport und Kameradschaft gepflegt wird. Außerdem wird sich ergeben, daß in unseren Reihen Anhänger aller staatsbejahender Parteien vereinigt sind.

Wir wollen in diesem Sinne auch weiter zielbewußt unsere Arbeit für die Ertüchtigung unseres Volkes durch unseren schönen Schießsport tun!

Außerhalb des Vereins kann sich jeder politisch einstellen wie er will, das ist sein verfassungsmäßiges Recht.

(Minister Remmele: Wie lautet die Unterschrift?). Die Unterschrift lautet: General Thierry. Oder sollte der Herr dringend verdächtig sein, politische Gesinnung in unsere Vereine hineinzutragen? (Minister Remmele: Oh nein!). Es liegt uns fern, in unseren Vereinen politische Gesinnung zu betätigen. Bei uns im Verein, dem ich als Mitglied anzugehören die Ehre habe, sind Angehörige aller Stände und aller Parteien. Ich kenne Vereine in Baden, wo Arbeiter, die in unserem Verband tätig sind, sich mit ihrer eigenen Hände Fleiß einen Schießplatz in ihrer freien Zeit errichtet haben.

Es war deshalb nicht notwendig, daß man heute morgen eine derartige Debatte und eine derartige, will ich gelinde sagen, Aufbauschung in dieser Sache in die Wege geleitet hat. Zu verzeihen ist es, wenn der Herr Minister Gespenster sieht, wo keine sind, denn dies ist eine Berufskrankheit der Minister, dort Gespenster zu sehen, wo überhaupt keine sind. Wenn aber der Herr Abg. Marxloff, ein sehr starker und netter Herr, nervöse Anfälle bekommt, wenn er vom Kleinkaliberschießen etwas hört, muß einem die Sache doch bedenklich erscheinen. Wir haben doch auch in der freien Schweiz diesen Sport. Dort hat jeder Bürger sogar schon in der Jugend sein Gewehr, und auch dort wird die Sache sportlich betrieben (Zuruf des Abg. Marxloff: Das ist dort etwas anderes!). Warum ist es dort etwas anderes? Dort ist es ganz genau so wie bei uns. Wir haben in unseren Vereinen keinerlei politische Tendenz. Herr Abg. Marxloff, ich möchte Sie bitten, kommen Sie einmal hinaus zu uns in unseren Schützenverein. Sie werden sicher aufgenommen, und ich würde mich freuen, wenn Sie Schützenkönig bei uns werden könnten (Heiterkeit). Dem Herrn Minister möchte ich sagen: Unser Sportplatz ist ganz in der Nähe Ihrer Wohnung, Herr Minister; kommen Sie einmal hinaus, nehmen Sie Gelegenheit, schießen Sie bei uns einmal! (große Heiterkeit). Wir werden uns freuen, wenn Sie ins Zentrum treffen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lang [Bürgerl. Ver.])

Nun, Herr Kollege Martzloff, Sie haben heute morgen von einer gefährlichen Sache und auch vom Bürgerkrieg gesprochen. Ich habe gar nicht gewußt, was für ein gemeingefährlicher Mensch ich bin, wenn ich einem solchen Schützenvereine angehöre. Von diesen Dingen wird bei uns nicht gesprochen, man denkt gar nicht an solche Dinge. Wir betätigen uns nur sportlich. Man muß auch wissen, woher diese Kleinkaliberschützenvereine stammen und woraus sie sich entwickelt haben (Zuruf bei den Kommunisten: Kein Kind, kein Engel ist so rein!). Man hat früher die Zimmerstutzenvereine gehabt. In diesen Zimmerstutzenvereinen waren Leute, die es sich nicht leisten konnten, auf die Jagd zu gehen, und die sich nicht in großen Schützenvereinen betätigen konnten. Aus diesen Zimmerstutzenvereinen ging dann nach dem Kriege, als die allgemeine Sportbewegung einsetzte, auch dieser Schießsport hervor. Gerade diese sportliche Bewegung, das Schießen, ist doch ein wirklich gesunder Sport, denn dort wird die ganze Körperkraft und die ganze Nervenkraft auf den Bruchteil einer Sekunde vereinigt, um ein gutes Schießen erzielen zu können. Es würde also auch manchem Abgeordneten sehr gut tun, wenn er zur Stärkung seiner Nervenkraft diesen Sport auch einmal ausüben würde. Ich möchte aber bitten, diese Frage der Sportvereine doch wirklich nicht in dem Maße aufzubauschen, denn die Sportvereine, die Kleinkaliberschützenvereine, üben eine vaterländische Tat. Sie sind dazu angetan, unser Volk zu stählen, zu stärken und zur Volksgemeinschaft zu führen. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bewegung, die eine Massenbewegung in unserem Volke sein wird, durch Ihre Kritik nicht erstickt, sondern gestärkt wird. Dieser Sport wird sich einbürgern in unserem Volk und wird sich dem Wahlspruch gemäß: Ob Aug und Hand fürs Vaterland, das hoffentlich auch Ihr Vaterland ist, weiter entwickeln (Beifall).

Abg. Frau Richter (Bürgerl. Ver.):

Heute morgen bekam ich zufällig ein kleines Blatt in die Hand. Darin lese ich: „Aus England ertönt der Warnungsruf: Unterwerfung der Männer durch die Frau. Bildet sich dort auf der britischen Insel ein neuer Amozonenstaat? Hören wir einen großen Engländer über dieses Problem berichten: „Die größte Gefahr für unser Land", donnert er per Zeitung in die Welt, „die größte Gefahr für unser Land liegt nicht im Bolschewismus, sondern im Feminismus. Wenn ich zwischen den zwei Übeln wählen dürfte, so würde ich sagen: Bürger, laßt uns lieber von Bolschewisten regiert sein als von Frauen!" (Heiterkeit). Unwillkürlich fiel mir der § 1 im Titel 5 ein, in dem steht: „606 (bisher 665) Streifenmeister Gruppe II Abgang: 6 Stellen infolge Anrechnung der Stellen der Polizeifürsorgerinnen und der Polizeipflegerin auf die zulässige Polizeistärke." Ich glaube, daß die Verfügung, die auf Grund des Vertrages von Versailles und auf Anordnung der Entente sich hier auswirkt, aufgebaut ist auf der Angst, daß bei uns die Frauen vielleicht wie in England als Amazonen auftreten. Ich möchte den Herrn Minister bitten, daß er den Stellen bei der Entente oder wo das anzubringen ist, sagt, daß in Deutschland die Männer vor den Frauen keine Angst zu haben brauchen, da die Frauen absolut keinen Sinn für das Amazonenwesen haben. Wir wünschen, daß bei unserer Polizeitruppe lediglich Männer genannt sind, und daß unsere Fürsorgerinnen, die Wunden heilen und Gefahren verhüten, nicht den Männern, die wir notwendig in unserer Polizei brauchen, den Platz versperren wollen (Beifall bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Abg. Dr. Wolfhard (D. Dem. P.):

Die Polizeibeamten sind Beamte wie jeder andere Beamte. Sie sind nach Artikel 130 der Verfassung Diener der Gesamtheit, also Diener des Staates, der ihnen das Brot gibt. Wenn der Herr Abg. Martzloff in dieser Umschreibung gesagt hat, daß sie Diener dieses republikanisch-demokratischen Staates sind, so ist das nur eine richtige Vervollständigung der Worte, die in dem Artikel 130 der Reichsverfassung niedergelegt sind. Das können wir wohl von jedem Beamten verlangen, daß er zwar nicht mit dem Herzen unbedingt auf dem Boden der Republik stehen muß, aber daß er mindestens verstandesgemäß auf dem Boden der demokratischen Verfassung steht, die in Weimar gegeben worden ist. Wir freuen uns, diese Anerkennung auch gegenüber der Polizei aussprechen zu können, bei der wir nach der politischen Gebundenheit des einzelnen Polizeibeamten selbstverständlich nicht fragen, denn das ist, — insofern hat der Herr Abg. Dr. Schmitthenner recht, — das gute Recht der politischen Meinungsbildung eines jeden Einzelnen. Ich kann aber nicht billigen, daß, wie es schon vorgekommen ist, bei Beamten, die das Brot des Staates essen, gegen diesen ihren Brotgeber Äußerungen gebrauchen, die sich nicht mit dieser Auffassung vereinen lassen.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Polizei — die namentlich soweit die unteren Klassen in Betracht kommen, in der Tat sehr schlecht entlohnt ist, — ihren Dienst mit dieser Beharrlichkeit und Ausdauer verrichtet, die wir an ihr rühmen; wir freuen uns, daß trotz dieser schlechten Bezahlung die Polizei in den verschiedenen Graden all den Anforderungen durchaus gerecht geworden ist, die wir an sie stellen müssen.

Dem Herrn Abg. Dr. Schmitthenner werde ich nicht auf die von ihm eingeschlagenen Wege folgen, daß auch ich die Wünsche der Polizeibeamten, — die ja im Haushaltsausschuß und auch sonst vorgetragen worden sind, — hier im einzelnen vornehme. Auch ich schließe mich der Überzeugung an, daß wir die Eingaben im nächsten Landtag uns eingehend werden überlegen müssen, wenn es auch jetzt und heute uns nicht möglich ist, einzeln auf diese Wünsche einzugehen, die wir für durchaus berechtigt halten.

Ich habe die Meinung gewonnen, daß die Polizei zweifellos das Lieblingskind des Herrn Ministers des Innern ist (Heiterkeit). Wenn ich diese — um mich so auszudrücken — gewisse Vorliebe des Herrn Ministers für die Polizei feststelle, möchte ich nur wünschen, daß nicht etwa die anderen wichtigen Belange seines Ministeriums dabei ins Hintertreffen geraten. Wenn es auch wichtig ist, daß wir eine ausgezeichnete Polizei haben, auf die wir uns ständig und unbedingt verlassen können, — ob nun Angriffe auf die Verfassung oder auf sonstige Einrichtungen von rechts, von links oder aus der Mitte her stattfinden mögen —, so sind doch noch zahlreiche andere Dinge und Interessen da, die beim Ministerium des Innern ihre Vertretung und Betreuung finden müssen.

Dann bin ich weiterhin der Meinung des Herrn Kollegen Obkircher, daß eine Übertragung des preußischen Vorbildes auf unser badisches Land nicht in allen Dingen von Segen für die Polizei ist, und daß wir in der guten alten badischen Tradition, — die namentlich die Kriminalpolizei in engste Verbindung mit der Staatsanwaltschaft und mit den Gerichten stellt, — etwas haben, das besser ist, als dasjenige, was nun einmal in dem großen Berlin eingeführt ist. Dort hat man sich ein besonderes polizeiliches Verfahren zurecht gemacht, wobei man den einzelnen Häftling oft wochenlang in Polizeihaft setzt und dann natürlich das Verfahren sehr weit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Richter [Bürgerl. Ver.])

vorwärts treibt —, während wir uns auf den Boden der Strafprozeßordnung und der Gerichtsverfassung stellen, wonach jeder Häftling (einerlei, ob er polizeilich oder gerichtlich eingeliefert ist), am nächsten Tage nach der Einlieferung seinem Richter vorzuführen ist.

Auch ich hätte eine Verbindung mit dem Landespolizeiamt Stuttgart für durchaus möglich gehalten. Wir haben Staatsanwälte und Richter dorthin geschickt, um die dort bestehenden, wirklich vorbildlichen Einrichtungen zu studieren, und von allen Herren, die dort waren, hat man ausnahmslos nur eine Stimme des Lobes darüber gehört. Dabei kann ich überdies dem Herrn Kollegen Marxloff aufs bestimmteste versichern, daß diese Einrichtung des württembergischen Staates absolut „Bazille(n)-frei" ist (Heiterkeit), daß sie mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet ist und nach den modernsten Verfahren durchaus gut arbeitet.

Auch abgesehen von der Polizei möchte ich nicht wünschen, daß nicht alles indirekt — sagen wir einmal von Preußen „herübergenommen" werde, und ich denke dabei beispielsweise auch an den berittenen Verkehrsschutzmann, wie er bei uns vor den Bahnhöfen in Karlsruhe und Mannheim steht. Ich meine, die Zeiten der berittenen Schutzleute sind vorbei! Seitdem es Autos, seitdem es ein Radio, seitdem es eine „Luftchaise" (wie ich sagen möchte) gibt, ist wirklich dieser Schutzmann, der bei Wind und Wetter draußen immer auf ein- und demselben Platze stehen muß, ein Anachronismus, und ich bin weiter der Meinung, daß, namentlich soweit die Mannheimer Verhältnisse in Betracht kommen, er in der Tat sehr oft kein Verkehrsregler, sondern glatt ein Verkehrshindernis ist. Wenn sie auch vor dreißig Jahren in Berlin und in anderen Städten durchaus am Platze gewesen sind — heute und für unsere Verhältnisse ist die Erscheinung des berittenen Schutzmanns zweifellos etwas „Überwundenes".

Ich freue mich, daß die geistige und körperliche Fortbildung der Polizei ein Gegenstand steter Sorge des Ministeriums ist, und insbesondere habe ich mich darüber gefreut, daß unter § 16a für „Körperliche Fortbildung und Sport" ein Betrag von 20 000 RM. ausgesetzt ist. Wenn man sich den schweren Dienst vergegenwärtigt, den die Polizeimannschaft zu leisten hat, dann muß ich schon sagen: Diejenigen Angehörigen der Mannschaft, die nach dem anstrengenden Dienst sich noch die Zeit abringen, um für ihre körperliche und geistige Weiterbildung zu arbeiten, sind mir eben doch viel lieber als diejenigen, die sich lediglich an den Achtstundentag halten und sich nach dem Dienst dem Vergnügen oder sonstigen Genüssen hingeben, während jene Mannschaften der ersten Art sich durch ihre Fortbildung für den Dienst in gute Bereitschaft setzen.

Auch darüber freue ich mich, daß die Polizei-Sport- und Turnvereine unseres Landes innerhalb der Sport- und Turnbewegung von ganz Deutschland eine ausgezeichnete und ehrenvolle Stellung einnehmen. Ich darf ja in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß der Polizeisportverein Rastatt deutscher Handballmeister in der deutschen Turnerschaft geworden ist und daß anläßlich der Kampfspiele in Köln der Rastatter Polizeisportverein gegen seinen Berliner Kollegenverein nur ganz knapp unterlegen ist. Wir haben Grund, uns darüber zu freuen, wenn die Leute, die in der Kaserne oder sonstwie miteinander untergebracht sind, Gelegenheit erhalten, ihre Glieder zu recken: die durch diese sportliche Tätigkeit erreichte Schulung und Gewandtheit ist sicherlich für ihren Dienst besser und wertvoller, als wenn sie die freie Zeit anders verwenden würden. Das Weltbild, das die Leute, — die auf diese Art sich weiterbilden und sich jedenfalls dabei auch die geistige Fortbildung angelegen sein lassen — sich aneignen, ist sicherlich ein besseres als dasjenige, das man sonst zu beobachten hat.

In den Streit der kleinkalibrigen Schützenvereine, die der Herr Kollege Lang mit ausgezeichneter Treffsicherheit ja gekennzeichnet hat, will ich mich nicht einmischen. Nur wäre es gut — schade, daß er nicht da ist! (Auf Zurufe:) Er ist da! — nur wäre es gut, wenn namentlich die jugendlichen Angehörigen solcher Vereine sich nicht ausschließlich auf diesen immerhin die Betätigung eines Mannes nicht ganz ausfüllenden Sport werfen würden. Denn wenn auch für den Bruchteil einer Minute oder auch gar eine Sekunde „die Treffsicherheit von Hand und Nerven" erforderlich ist, so genügt es eben doch nicht, daß sie sagen können, daß (Zurufe von der Rechten, Gegenzurufe u. a. von Abg. Großhans) dies allein eine völlig ausreichende körperliche Ausbildung darstellt, und daß etwa ein Schützenkönig eines kleinkalibrigen Schützenvereins dem Vaterland so ungeheuer viel genützt hat. Auf diesem Gebiete gibt es noch sehr viel anderes! Es gibt noch so viele andere körperliche Betätigung, die mindestens ebensoviel wert sind als das Kleinkaliberschießen (Abg. Lang: Das will ich ja gar nicht bestreiten!). Sie würden sicherlich auch viel weniger Gegnerschaft haben, wenn Sie diesem gesunden Prinzip dienen (Zuruf des Abg. Klaiber) und sich nicht einseitig auf diese kleinkalibrigen Dinge einstellen würden (Abg. Lang und andere: Schon tausend Jahre gibt es Schützenvereine! — Gegenzurufe links — Glocke des Präsidenten). Das wissen wir! (Beifall).

Die Einzelberatung wird geschlossen.

Der Präsident ruft auf Titel V: Polizei und Gendarmerie A Ordentlicher Etat I Polizei §§ 1 bis 5 und erklärt sie für angenommen.

Zu § 5 liegt ein kommunistischer Antrag vor.

Er geht dahin, daß § 5c gestrichen werden soll. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Dr. Schmitthenner (Bürgerl. Ver.):

Zu § 1 liegt unser Antrag vor!

Präsident Dr. Baumgartner:

Ich wollte diesen Antrag im Anschluß an den ganzen Titel zur Abstimmung bringen. (Abg. Dr. Schmitthenner: Bitte!). Der Präsident ruft weiter auf §§ 6—8 und erklärt sie für angenommen.

Zu § 8 liegt ebenfalls ein kommunistischer Antrag vor:

„§ 8 wird gestrichen."

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident erklärt die aufgerufenen §§ 9 bis einschließlich 11 für angenommen.

Zu § 12 ist lit. f bereits im Voraus bewilligt, ebenso werden die §§ 12 bis 14 angenommen.

Zu § 14 liegt ebenfalls ein kommunistischer Antrag vor:

„§ 14 wird gestrichen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die §§ 15 bis 18 werden angenommen.

Zu § 18 liegt ebenfalls ein kommunistischer Antrag auf Strich dieser Position vor. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Position 18 mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf § 19 — § 20. — Auch zu § 20 ist seitens der kommunistischen Partei der Antrag auf Streichung gestellt. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Damit ist § 20 mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Zu § 21 Erkennungsdienst erhält das Wort

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Es handelt sich hier um den Erkennungsdienst. Dieser Erkennungsdienst, soweit er kriminelle Verbrecher betrifft, liegt im Interesse aller Menschen, die im Staate leben.

Aber leider wird dieser Erkennungsdienst nicht allein dazu verwandt, sondern er wird auch von diesem Staate dazu verwandt, seine politischen Gegner zu schädigen und sie in Verbrecheralbums einzureihen (Lachen). Es wird darüber gelacht, Herr Kühn lacht darüber. Ich stelle mich hier in Person vor, daß man mich ins Verbrecheralbum in Mannheim eingereiht hat, weil ich eine kommunistische Versammlung besucht habe. Im Jahre 1923 hat man mich aus einer kommunistischen Versammlung heraus verhaftet hat mich aufs Bezirksamt geschafft und hat Fingerabdrücke von mir genommen und Photographien von drei Seiten gemacht! Das ist geschehen in Baden in Mannheim unter dieser famosen Regie, die wir heute noch haben! Daraus können Sie erkennen, wie weit wir hier in diesem Musterstaat gekommen sind. Ich habe in meinem Leben noch keine Polizeistrafe gehabt, habe noch keinem Menschen auch nur ein Haar gekrümmt und muß mir so eine Schmach und Schande gefallen lassen. Ich habe es allerdings als Auszeichnung betrachtet, daß der politische Gegner es für notwendig findet, seine politischen Gegner so zu behandeln, wie er mich und viele andere meiner Genossen behandelt hat.

Ich stelle hier vor aller Öffentlichkeit fest, wie dieses badische Polizeiwesen gehandhabt wird, die ganze Öffentlichkeit soll es wissen. Es ist notwendig, gegen diese Dinge auch hier zu protestieren und die Stimme zu erheben. Wir stimmen deswegen auch gegen diesen Erkennungsdienst.

§ 21 wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Zu § 22 „Verschiedene und zufällige Ausgaben, der angenommen wird, läßt der Präsident den Antrag der Abg. D. Mayer, von Au, Behringer, Herrmann, Hertle, Klaiber, Richter, Dr. Schmitthenner zur Abstimmung bringen:

> Der Landtag wolle beschließen, daß den bisherigen Polizeileutnants und Polizeioberleutnants die bisherige Bezeichnung als wohl erworbener Titel erhalten bleibt.

Der Antrag wird mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung erhält das Wort

Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.):

Ich halte diese Frage für eine der Fragen, die auf das Spätjahr vertagt sind (Zustimmung). Deswegen habe ich dagegen gestimmt, nicht deswegen, weil ich sachlich dagegen Stellung nehmen wollte. Ich nehme an, daß da drüben (zur Sozialdemokratie) aus demselben Grunde diese Haltung eingenommen worden ist (Zustimmung). Wir haben im Haushaltsausschuß beschlossen und alles war einig, daß diese Fragen sämtlich bis zum Spätjahr vertagt werden sollen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Es bleibt den Antragstellern unbenommen, einen diesbezüglichen Antrag im Spätjahr zur Besoldungsordnung einzubringen. Der Antrag ist vorläufig abgelehnt.

Der Präsident ruft auf II. Gendarmerie § 23, § 24 und erklärt sie für angenommen.

Zu § 25 liegt der kommunistische Antrag auf Streichung vor.

Hierzu erhält das Wort

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Bei diesem Paragraphen werden unter der Rubrik „Dienstreise- und Umzugskosten", die irreführend ist, wiederum diese Kommandos angeführt, die überall eingesetzt werden, wenn es irgendwo gilt, gegen die Bevölkerung vorzugehen. Wir haben hier vor einigen Jahren in Baden eine Bauernrevolte, die Tabakbauernrevolte — in Rust, glaube ich, war es — gehabt, wo die Gendarmerie in großen Abteilungen eingesetzt wurde, um die Bauern niederzuknüppeln. Zu solchen Zwecken ist diese Position eingesetzt, diese Unsumme von einer halben Million. Wozu wird dann darüber geschrieben „Dienstreise- und Umzugskosten"? Ich sage, daß das eine Verschleierung der Tatsachen ist, und daß in Wirklichkeit diese halbe Million nur wieder eingesetzt ist zu dem Zweck, um die Niederknüppelung der Bevölkerungskreise, die rebellieren, vornehmen zu können. Wir haben den Antrag auf Strich dieser Position gestellt, um ganz offen auch den kleinen Bauern da draußen zu sagen, daß wir nicht wollen, daß sie niedergeknüppelt werden durch Gendarmeriekommandos, die ausdrücklich in diesem Voranschlag verlangt werden unter dem falschen Namen „Dienstreise- und Umzugskosten".

Der kommunistische Antrag auf Strich dieser Position wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die §§ 26, 27, 28, 29 werden angenommen.

Ebenso § 30.

Von § 30 ist bereits lit. b, Bauliche Unterhaltung der staatseigenen Gebäude mit 15 000 Mark vorwegbewilligt.

Ebenso wird § 31 angenommen.

Zu § 32 liegt wiederum ein Antrag der Kommunisten auf Streichung der Position vor. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Präsident ruft auf § 33, Pferdehaltung.

Hierzu erhalten das Wort

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Ich wollte vorhin nur eine Anfrage stellen über die Verwendung der Pferde, die ausgeschieden werden. Ich freue mich immer, wenn ich die Polizeipferde sehe, die in einem tadellosen Zustand sind. Ich muß aber doch annehmen, daß bei einem Bestand von ungefähr 150 Pferden auch jedes Jahr von diesem Bestand welche ausgeschieden werden, und ich möchte gerne wissen, ob diese ausgeschiedenen Pferde dann der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, oder an wen sie verkauft werden.

Minister des Innern Remmele:

Ich muß die Anfrage später beantworten.

Präsident Dr. Baumgartner:

Die Anfrage wird später beantwortet werden.

Zu § 33 liegt der Antrag auf Strich der Position vor. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Position ist mit allen gegen 3 Stimmen genehmigt.

Zu § 34 liegt ebenfalls ein Antrag auf Strich der Position vor. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Position ist genehmigt mit allen gegen 3 Stimmen.

§§ 35, 36, 37 werden angenommen.

Der Präsident ruft auf

B. Außerordentlicher Etat.

§ 1 wird angenommen.

§ 2. Hier liegt der Antrag der Kommunisten auf Strich dieser Position vor. Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Position ist mit allen gegen 3 Stimmen damit genehmigt.

Der ganze Titel V wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Es erhält das Wort

Minister des Innern Remmele:

Es wird mir mitgeteilt, daß die Pferde an den Dienstsitzen öffentlich versteigert werden.

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Ich möchte dann doch bitten, daß man, wenn man eine Versteigerung von Pferden abhält, die vom Staate sind, diese Pferde nicht an den Handel verkauft, sondern an diejenigen Leute abgibt, die sie notwendig haben, insbesondere an die Landwirtschaft. Ich glaube, eine Versteigerung wäre in dem Sinne eigentlich nicht nötig, sondern man könnte die Pferde freihändig an die Landwirtschaft verkaufen.

Minister des Innern Remmele:

Ich will die Frage prüfen. Aber, Herr Abg. Klaiber, wir wollen doch nicht etwa mehr einen Pferdehandel bei der Landwirtschaftskammer aufziehen! Wir haben von diesen Erfahrungen ja im Laufe der Zeit, in der Nachkriegszeit, viele Begleiterscheinungen, die nicht gerade zur Nachahmung Veranlassung gaben. Im allgemeinen ist der Abgang von Pferden ja außerordentlich gering.

Der Präsident ruft auf

Titel VI. Polizeiliches Arbeitshaus.

A. Ordentlicher Etat.

§§ 1 bis 7 und erklärt sie für angenommen.

§ 8. Von § 8 ist bereits vorweg bewilligt lit. a, Bauunterhaltung und lit. b, Größere Herstellungen.

Der Haushaltsausschuß beantragt, daß in Titel VI, § 8, Gebäude, statt jährlich 25 000 M. jährlich 40 000 M. und in der Unterabteilung b, Größere Herstellungen, statt 12 500 M. 27 500 M. gesetzt wird.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Es liegt ein Antrag der Kommunisten vor auf Streichung des ganzen Titels VI.

Zu diesem Antrag erhält das Wort

Abg. Schreck (Komm. P.):

Wenn man die Gerichtsurteile in der deutschen Republik verfolgt, und hört manchmal auf Erkennung von Arbeitshaus vor Gericht, dann wird von diesen schweren Verbrechern oftmals verlangt, daß sie lieber ins Zuchthaus wollten als in das Arbeitshaus. Ich habe schon unzählige derartige Fälle gehört und auch gesehen in der Praxis, daß diese Leute erklärt haben: Lieber ins Zuchthaus als in das Arbeitshaus. Auch die andern, die gefallenen Mädchen — wie man so gern sagt — wenn diesen mit Arbeitshaus gedroht wird, dann hängen sie sich lieber auf (Abg. Frau Siebert: Das sind nicht die gefallenen Mädchen, die kommen in Fürsorge!). Ich meine die Mädchen, die kaserniert sind (Abg. Frau Siebert: Auch diese nicht!). Die werden oftmals, wenn sie erwischt werden, ins Arbeitshaus verwiesen. Wenn man diese Dinge sieht und hört, muß man natürlich als Mensch sich fragen: Wie ist das nur denkbar, daß jemand lieber ins Zuchthaus geht als ins Arbeitshaus? Es sind doch schließlich alle noch Menschen, auch wenn sie — wie man sagt — verdorben sind. Dieser Zug, der hindurch geht und gleichzeitig auch die andere Erkenntnis, die wir haben, daß in einem Arbeitshaus oder auch einer Fürsorgeerziehung und wie diese Dinge alle heißen, noch nie ein Mensch gebessert worden ist, sondern daß sie immer herausgekommen sind als schwerere Verbrecher, als wie sie hineingekommen sind, veranlaßt uns, die Streichung dieser Position zu fordern (Widerspruch). Es gibt Statistiken genug, Herr Abg. Obkircher, wo nachgewiesen wird, daß sich die Berufsverbrecher rekrutieren aus den ehemaligen Insassen dieser Häuser (Abg. Obkircher: Das liegt nicht am Haus!). Es beweist aber, daß das Haus nicht in der Lage ist, die Leute zu bessern (Abg. Obkircher: Nicht immer). Diese Leute gehören in solche Erziehungsanstalten — will ich sagen — oder Pflegeanstalten, wo sie, weil sie meistens krank sind, geistig oder seelisch krank sind, an Körper und Geist geheilt werden müssen. In den heutigen Anstalten aber wird auf ihre Seelenverfassung keine Rücksicht genommen, sondern sie werden alle als Verbrecher behandelt. Weil wir die Auffassung haben, daß in all diesen Anstalten unglückliche Menschen, Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung sind. Die Eltern jener Insassen mußten auf Arbeit, und die Kinder waren sich selbst überlassen und mußten auf der Straße herumliegen; sie sind groß geworden im Schmutz und Dreck und haben keine Erziehung von den Eltern bekommen. Der Krieg kam noch dazu,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

wo auch die Väter noch weglamen, so steht fest: Alle diese Leute, die heute in diesen Anstalten sind, sie sind Opfer der bestehenden Gesellschaftsordnung, weil diese Gesellschaftsordnung ihnen die Eltern geraubt hat und sie der Straße überliefert hat und denselben nicht die Möglichkeit gegeben hat, sie zu rechten Menschen zu erziehen. Viele sind degeneriert, durch Krankheiten heruntergekommen, durch geistige Krankheiten wurden sie zu Verbrechern. Wir sind deshalb der Auffassung, daß alle diese Leute, die in den Anstalten sind, sei es nun Fürsorgeerziehung oder polizeiliches Arbeitshaus, daß diese Leute in Pflegeanstalten gehören, wo sie auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis gepflegt werden müssen.

Wir stimmen deshalb gegen diese Position und sind der Überzeugung, daß das draußen im Lande überall verstanden wird.

Abg. **Martzloff** (Sozdem.):

Das Arbeitshaus als solches ist nach meiner Auffassung im heutigen Staat ein notwendiges Übel. Was der Herr Kollege Schreck vorhin gesagt hat, trifft wohl zu einem gewissen Teil zu. Die Leute, die als Insassen heute im Arbeitshaus sich befinden, sind gewiß zu einem großen Teil die Opfer einer verkehrten Wirtschaftsweise, Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, und insofern kann man dem, was nach der Richtung hin gesagt worden ist, zustimmen. Wenn aber der Titel ganz gestrichen werden sollte, so müßte irgend etwas anderes an dessen Stelle treten, und es kommt darauf an, ob nicht dieses Arbeitshaus in seinem Ziel, das ihm gesetzt ist, in seinem Innern, in seinem Aufbau, nicht dasselbe erreichen kann als das, was der Herr Kollege Schreck gern möchte, weil er die Frage vom Erziehungsstandpunkt aus betrachtet und sagt, man soll sehen, die Leute, die dort hineinkommen, zu bessern. Nun ist die Sache doch so, daß in dieses Arbeitshaus nicht die Jugendlichen kommen, die der Fürsorgeerziehung anheim fallen, sondern daß es sich hier um erwachsene Personen handelt, die in ein solches Arbeitshaus hineinkommen. Ich könnte mir sehr wohl denken, daß eine gewisse Gruppe von Menschen noch in das Arbeitshaus käme, die sich heute bewußt vielfach ihren Pflichten, ihren moralischen und sittlichen Pflichten gegenüber ihren Familien und gegenüber denen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, entziehen. Ich denke z. B. an die Leute, die uneheliche Kinder haben, wie ich Fälle kenne, die sich bewußt und absichtlich, obwohl sie könnten, ihrer Pflicht entziehen. Da wäre es am Platze, wenn man für diese Leute die Möglichkeit hätte, sie in ein solches Haus hinein zu sperren. Vielleicht würden sie sich dann bewußt werden, daß sie eine sittliche und moralische Pflicht haben, für diejenigen zu sorgen, die sie in die Welt gesetzt haben. Wenn nach der Richtung hin einmal eine gesetzliche Regelung erfolgen würde, so wäre sie von meinem Standpunkt aus sehr zu begrüßen.

Abg. Dr. **Wolfhard** (D. Dem. P.):

Nur ein Wort zu dem, was der erste Herr Vorredner gesagt hat. Ich habe in den letzten drei Jahren Arbeitshaus nur gegen gewerbsmäßige und gewohnheitsmäßige Zuhälter ausgesprochen. Vielleicht sind aber auch die bestehenden Degenerationserscheinungen, die der Herr Kollege Schreck erwähnt hat, schuld, daß auch diese Herren in der Allgemeinheit draußen dem Laster frönen, die Mädchen auf die Straße schicken, und wenn sie auch Arbeit zugewiesen bekommen, sie davon keinen Gebrauch machen, sie schnöde verweigern, weil das andere ihnen das viel Angenehmere ist. Wenn heute jemand von irgendeinem Gericht aus in das Arbeitshaus kommt, dann sind die Voraussetzungen nach jeder Richtung geprüft, und es ist nicht wahr, was der Herr Vorredner gesagt hat — der Herr Kollege Martzloff hat das schon zurückgewiesen —, daß die Jugendlichen ins Arbeitshaus kommen. Es sind vielmehr die schwersten Jungen, die wir überhaupt haben, für die irgendeine Bewahrungsanstalt in jedem Staat, auch in ihrem Staat — zu den Kommunisten gewendet — sein muß.

Der Präsident ruft auf § 9 bis 15 und erklärt sie für angenommen.

Der Präsident ruft auf B. Außerordentlicher Etat, § 1.

Hier ist der Antrag des Haushaltsausschusses gestellt, in Titel 6 b § 1: Erstellung eines Kochküchengebäudes und Waschküchenbaus statt 300 000 M. zu setzen 170 000 RM.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird einstimmig angenommen; eben so § 2 des Außerordentlichen Etats.

Der ganze Titel VI wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der weitere Antrag des Haushaltsausschusses, unter Ziff. II (Drucks. Nr. 118 c I)

zu beschließen, daß

1. Die Gesuche der in den Dienstgebäuden Rheinhäuserstraße Nr. 17 und 19 und Stolzstraße Nr. 4 in Mannheim wohnenden Polizeibeamten, sowie des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter durch die Maßnahme der Regierung für erledigt erklärt;
2. die Gesuche des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ortsausschuß Pforzheim, der badischen Gendarmerieoffiziere, der Wirtschaftsleiterin im Landesbad Baden-Baden und des Pflegepersonals der Heil- und Pflegeanstalt Illenau,

   sowie des Badischen Einzelhandels, Ortsgruppe Weinheim, der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Es wird noch eingefügt, daß über das Gesuch der Badischen Tierärztekammer zur Tagesordnung übergegangen wird.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Herr Präsident, ich möchte eine Erklärung zu Titel VI abgeben. Wir werden also Titel VI § 1 und 2 im außerordentlichen Etat zustimmen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

In der Fassung, wie sie der Ausschuß angenommen hat. Dann wäre hinzuzufügen, daß das einstimmig angenommen ist (Abg. Ritter: Den ordentlichen Etat lehnen wir ab, dem außerordentlichen stimmen wir zu!). Ich darf den Herrn Berichterstatter bitten, jetzt den Bericht zu erstatten über den Antrag, den wir heute morgen im Haushaltsausschuß angenommen haben.

Berichterstatter Abg. Dr. **Glockner** (D. Dem. P.):

Es ist zu Titel XIII, der zu meinem Bericht gehört, Budget des Ministeriums des Innern, Seite 46, nachträglich noch eine Mitteilung des Ministeriums des Innern dem Landtage zugegangen mit dem Antrag, die Anforderungen für unterstützende Erwerbslosenfürsorge, die unter § 1 des Titels XIII B Ziffer 1 lit. b mit 2 786 000 M. eingestellt ist, zu erhöhen auf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Berichterstatter Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

10 954 000 M. Die Erhöhung beruht zum Teil auf Anforderungen, die wir bereits früher genehmigt haben; zu der ursprünglichen Anforderung von 2 786 000 RM., die bereits anfangs Februar vorweg genehmigt wurde, haben wir am 19. Mai dieses Jahres weiter 3 186 000 RM., zusammen 5,954 Millionen RM., genehmigt. Ich habe dann gestern schon als Berichterstatter vorgetragen, daß das Staatsministerium mit Schreiben vom 30. Juni d. J. den Antrag gestellt habe, weitere 3 Millionen für den gleichen Zweck für die Monate Juli, August und September zu bewilligen, und daß der Ausschuß diesen Anforderungen zugestimmt habe und dem Landtag vorschlägt, diese Summe zu bewilligen. Nach der neuerdings dem Landtag zugegangenen Mitteilung des Ministeriums des Innern kommen dazu nun noch für die Monate Oktober und November 2 Millionen RM., so daß sich die Summe von 10 954 000 M. ergibt. Die Gesamtsumme des § 1 der Budgetanforderung in Spalte 4 erhöht sich dadurch auf 11 954 000 M.

Der Haushaltsausschuß hat über diese Angelegenheit beraten, nachdem das Finanzministerium diesem Antrag des Ministeriums des Innern beigetreten ist. Der Haushaltsausschuß beantragt, in Abänderung des Antrages, den ich gestern vorgelesen habe, nunmehr statt weiteren 3 Millionen zu den bereits bewilligten 5,954 Millionen RM. weitere 2 Millionen RM., im ganzen 10 954 000 RM. für diese Zwecke zu bewilligen. Sachliche Bemerkungen zu dieser Position habe ich nicht zu machen. Wir haben erst in den letzten Wochen über dieses Thema hier eingehend verhandelt. Der Haushaltsausschuß beantragt also, auch diese nachträgliche Anforderung des Ministeriums des Innern zu bewilligen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Wir werden die Abstimmung vornehmen bei Titel XIII, wenn der Titel aufgerufen wird.

Zu dem aufgerufenen Titel VII § 1 Soziale Versicherung erhalten das Wort

Abg. **Eichenlaub** (Zentr.):

Den schönsten Platz in der Sozialpolitik und in den sozialen Einrichtungen nimmt ohne Zweifel die Sozialversicherung ein. Die Gesetzgebung hierzu obliegt dem Reiche, die Verwaltung den Beteiligten, die Versicherungsbehörden werden eingerichtet von den Ländern. die auch die notwendigen Kosten hierfür aufzubringen haben. Zu diesem Zweck ist auch im Voranschlag unter Titel VII eine Gesamtausgabe von 249 000 M. vorgesehen. Die Ausgaben selbst sind zwangsläufiger Natur, und sie haben auch, soweit ich unterrichtet bin, in den Haushaltsausschußberatungen zu keinerlei Beanstandung Anlaß gegeben. Wenn auch das Land zwangsläufig gezwungen ist, die hierfür erforderlichen Ausgaben zu machen, darf man trotzdem sagen, daß das Land sehr interessiert ist für die Einrichtung der Sozialversicherung. Wird doch die Hälfte der badischen Bevölkerung durch die Sozialversicherung in ihren verschiedensten Einrichtungen erfaßt. Auf diese Sozialversicherung kann das deutsche Volk stolz sein. Kein Land der Welt umfaßt heute eine ähnliche Masse von Versicherten und gewährt einem so großen Bruchteil seiner Bevölkerung Renten und Versicherungseinrichtungen, wie es im deutschen Vaterland geschieht. 19 Millionen gehören der Krankenversicherung an, 17 Millionen der Invalidenversicherung, 2 Millionen der Angestelltenversicherung, 23 Millionen der Unfallversicherung, 800 000 der Knappschaftsversicherung, Massen, wie sie andere Länder in der Versicherung nicht aufzuweisen haben. Das Gesamtaufkommen für die Sozialversicherung wurde im Laufe dieses Jahres vom Reichsarbeitsministerium auf über 2,5 Milliarden errechnet, wovon 1 Milliarde von seiten der Arbeitgeber aufgebracht wird. Über 14 Millionen Menschen erhalten bei Krankheit, Invalidität, Unfall usw. Zuwendungen. Rechnet man dazu noch die Unterstützungen aus der Erwerbslosenfürsorge, die Renten für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen usw., dann noch die Pensionen der Beamten, so erhalten in Deutschland etwa 20 Millionen Personen Zuwendungen aus öffentlichen Einrichtungen, eine Zahl, von der ich gesagt habe, daß man sie sonst nicht findet.

Man wird nun vielleicht einwenden, man ist in Deutschland mehr in die Breite gegangen als in die Tiefe. Dazu darf man sagen, daß in den letzten 2 Jahren unsere Sozialversicherung auch in ihrem inneren Werte wesentlich verbessert wurde und nicht nur in die Breite gegangen ist, sondern auch in die Tiefe. Diese Verbesserungen auf den verschiedensten Gebieten anzuerkennen, ist Pflicht, ist notwendig und muß hervorgehoben werden auch im Hinblick darauf, daß vor zwei Jahren die allergrößten Befürchtungen bestanden haben, daß unsere Sozialversicherung unter dem Währungszerfall zusammenbrechen werde. Was in den letzten zwei Jahren geleistet wurde von den Krankenkassen, von den Invalidenversicherungsanstalten, von der Angestelltenversicherung usw., ist bewunderungswürdig und muß die Kritik derjenigen zum Stillschweigen bringen, die immer wieder an diesen Einrichtungen Aussetzungen zu machen haben. Denjenigen, welche vor 50 Jahren den Gedanken der Sozialversicherung aufgegriffen und zur Verwirklichung gebracht haben, die daran mitgearbeitet haben, Jahrzehnte hindurch die Sozialversicherung zu verbessern, denen muß auch heute der Dank ausgesprochen werden. An dieser Mitwirkung sind auch meine Parteifreunde im Reichstag beteiligt gewesen, und in den letzten zwei Jahren hat insbesondere einer, der oft von der radikalen Arbeiterschaft angegriffen wurde, sich in der Verbesserung der Sozialversicherung außerordentliche Verdienste erworben, das ist der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Wenn ich hier ein Hohelied auf unsere Sozialversicherung gesungen habe, wollte ich nicht sagen, daß wir auf der ganzen Linie einen idealen Zustand haben, o nein, wir sind überreich an sozialen Nöten, manches ist zu verbessern. Die Besserung, insbesondere die Erhöhung der Renten usw. kann aber nur schrittweise, und zwar so vorgenommen werden, wie unsere Wirtschaft selbst sich bessert, denn die Wirtschaft hat den allergrößten Teil der Beiträge für die Sozialversicherung aufzubringen.

Nun hat vor dem Kriege und auch in den letzten zwei Jahren seit dem Einsetzen der Stabilisierung eine Kritik nach der Richtung der Sozialversicherung eingesetzt, daß man sagt, die sozialen Lasten sind heute untragbar geworden, die Sozialversicherung habe das Maß des Erträglichen überschritten. Die Wettbewerbsfähigkeit ist heute zu einem gewissen Teil durch die hohen sozialen Lasten beengt worden. Eine ähnliche Behauptung hat in diesen Tagen die „Badische Bürgerzeitung" aufgestellt. Sie hat unter anderm versucht, durch Zuschrift eines Handwerkers nachzuweisen, als ob die Steuern und sozialen Lasten gegenüber der Vorkriegszeit um 720 Proz. gestiegen sind. Sie folgert daran anschließend wie folgt:

> „Wenn man das sieht, so braucht man nach den Gründen der Wirtschaftskrise wahrhaftig nicht länger zu suchen; denn was hier im Kleinen gilt, gilt natürlich ebenso für die Großbetriebe. Wann werden die Behörden, Parlamente endlich die notwendigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen?"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Eichenlaub** [Zentr.])

Man will damit sagen, hier hätten wir insbesondere in der Sozialversicherung Sonderlasten, unproduktive Ausgaben, die abgebaut werden müssen. Man will auch zum Ausdruck bringen, wie es bei vorsichtigeren Menschen geschieht, daß ein weiterer Ausbau der Sozialversicherung nicht mehr Platz greifen dürfe.

Ist es nun richtig, daß die Sozialversicherung die Wirtschaft so belastet, daß die Wettbewerbsfähigkeit unterbunden wird? Die sozialen Lasten in der Wirtschaft kann man eigentlich nur bewerten und vergleichen, wenn man auch die Löhne mit heranzieht. Im Laufe der letzten Zeit wurde auf Grund der Angabe aus der Lohnsteuer die Lohnsumme, die jährlich in Deutschland zur Auszahlung kommt, auf 37 Milliarden M. geschätzt. Die Belastung für die Sozialversicherung beträgt 2,5 Milliarden. Die sozialen Lasten und die Löhne belaufen sich darnach auf etwa 39,5 Milliarden. Beseitigen wir nun die Lasten aus der Sozialversicherung, so glaube ich kaum, daß damit die Wettbewerbsfähigkeit behoben wird. Im Gegenteil; wenn die sozialen Lasten beseitigt werden, müssen entweder höhere Löhne bezahlt werden oder Staat und Gemeinde werden durch die Armenfürsorge so belastet, daß sie ihre Ausgaben nur durch Steuererhöhungen wieder ausgleichen können.

Weiter ist zu beachten, daß die Löhne und die sozialen Lasten nur einen gewissen Bruchteil der gesamten Produktionskosten ausmachen, vielfach nur einige Prozente, in einigen Berufen etwas mehr, aber immerhin nur einen Teil der gesamten Produktionskosten. Dazu kommt ferner, daß in den anderen Ländern, wenigstens in den hochvalutarischen Ländern die Löhne heute höher sind als in Deutschland. Hierin kann also in Deutschland keine Ursache zur Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit liegen. Hier sind andere Ursachen mit schuld, und wenn eine Besserung herbeigeführt werden soll, müssen auch andere Maßnahmen ergriffen werden. Mein Freund, Herr Kollege Heurich, hat sich darüber gestern bereits ausgelassen. Ich brauche infolgedessen hierzu nichts zu bemerken. Aber auf etwas anderes sei hingewiesen. Die Sozialversicherung und ihre Leistungen dürfen nicht nur vom Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden.

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Sozialversicherung hat das wesentliche in der Sozialversicherung hervorgehoben, wenn sie schreibt:

> „Die Sozialversicherung vereinigt in sich die früher gesetzliche Fürsorge der Unternehmer, der eigenen Vorsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Die Sozialversicherung ist öffentlich rechtlicher Sparzwang zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung und zugleich Risikoausgleich im Falle der Krankheit und des Unfalles, der Berufsunfähigkeit und Invalidität, der Mutterschaft und des Todes. Ohne die Sozialversicherung — das ist wesentlich — ist die Lebensführung der Arbeiterschaft und der Angestellten im innersten Kern gefährdet. Infolge der Sozialversicherung — heißt es weiter in der Denkschrift — hebt sich die gesamte körperliche und sittliche Lebenshaltung des Teiles der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Die Sozialversicherung setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus, sie ist aber zugleich die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt."

Zu diesen Ausführungen darf noch hinzufügt werden, daß die Sozialversicherung der Arbeiterschaft ein größeres Sicherheitsgefühl gibt und in ihr im gewissen Sinne auch eine größere Arbeitsfreude auslöst. Denken Sie sich diese Dinge weg, so würden die Arbeiter, besonders wenn sie alt und Krankheiten über sie kommen, zusammenbrechen.

Weiter ist zu beachten, daß die Sozialversicherung auch eine gewisse Konsumtionsseite besitzt. Denken Sie sich die 2,5 Milliarden weg, welche Summe die kranken, invaliden und alten Leute erhalten und über die Krankenkassen auch die Ärzte usw. bekommen, denken Sie sich diese Beträge hinweg, dann werden Sie feststellen müssen, daß damit auch ein Teil der Kaufkraft der Bevölkerung wesentlich sinkt. Das was diese Leute durch Renten usw. erhalten, bleibt nicht in ihren Taschen, das Geld wird vielmehr wieder herausgabt und der Wirtschaft wieder zugeführt.

Und zu guter Letzt, die Sozialversicherung hat auch eine ethische Seite. Die Sozialversicherung gibt der Arbeiterschaft ein stärkeres Sicherheitsgefühl, löst eine größere Arbeitsfreude in ihr aus, die in unserer Zeit so notwendig ist und die in unserer Zeit auch dem kranken, dem invaliden und dem arbeitslosen Mann, der Wöchnerin und den Waisen das gibt, was aus der modernen Wirtschaft heraus geholt werden kann und heraus geholt werden muß. Durch sie wird, wie Stegerwald vor einigen Tagen auf einer Tagung der Krankenkassen hervorgehoben hat, die moderne Wirtschaft in einem gewissen Maße ethisiert und menschenwürdig gemacht. Die Führer der heutigen Wirtschaft würden diese Opfer freiwillig nicht bringen, wenn nicht der staatliche Zwang, nicht die Gesetzgebung hierfür vorhanden wäre. Die Gesetzgebung ist hierfür notwendig, notwendig, weil auch die Wirtschaft den Erfordernissen der Kranken, der Alten usw. Rechnung zu tragen hat.

Man wird nun sagen: alles ist recht, was sie hier ausführen, aber das Simulantentum, das geschaffen wird durch die Sozialversicherung, unterbindet wertvolle Arbeitskräfte. Daß Simulanten vorhanden sind, daß Rentenerschleicher ihr Unwesen treiben, ist richtig. Diese müssen bekämpft werden und werden von den Versicherungsorganen auf das nachdrücklichste bekämpft. Unsere Krankenkassen, unsere Invalidenversicherungsanstalten gehen gegen solche Leute mit der größten Schärfe vor, und dieses Vorgehen wird auch von seiten der organisierten Arbeiterschaft gebilligt. Aber wegen dem Vorhandensein von Rentenerschleichern darf man die gesamte Sozialversicherung nicht verurteilen. Dazu kommt noch, was beachtet werden muß, daß diejenigen, die Renten erhalten, die alten Leute usw., soweit sie noch einigermaßen dazu in der Lage sind, irgendwelche Tätigkeit ausüben, also auch die Invalidenrentner usw., noch gewisse volkswirtschaftlichen Werte erzeugen.

Man sagt weiter, die Erwerbslosenfürsorge habe uns in den letzten zwei Jahren die Wirtschaft außerordentlich belastet. Das ist richtig. Es müssen zurzeit Beiträge aufgebracht werden, die wir früher nicht gekannt haben. Aber auch hier muß betont werden: die Wirtschaft ist da für alle, und die Wirtschaft muß auch, soweit sie in der Lage ist, für diejenigen sorgen, die sie abstößt, die sie nicht beschäftigen kann. Darin liegt der Grundgedanke der Arbeitslosenversicherung begründet, und es ist bereits hervorgehoben und verlangt worden, daß möglichst bald die Arbeitslosenversicherung durchgeführt werde. Nur eines darf ich sagen: die Hoffnungen, die heute an die Arbeitslosenversicherung wegen der Entlastung der Landesfinanzen und auch der Reichsfinanzen geknüpft werden, sind irrig, sie trügen. Bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit werden auch nach der Durchführung der Arbeitslosenversicherung Reich und Länder noch hohe Beträge aufzubringen haben. Es wird m. E. nicht angehen, daß wir das lediglich in Form von Darlehen den Trägern der Arbeitslosenversicherung ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Eichenlaub** [Zentr.])

währen, denn das würde eine nach Millionen gehende Belastung darstellen, die dieser neue Träger nicht tragen könnte. Ich glaube, auch die Finanzminister werden, wenn die Arbeitslosigkeit nicht abnimmt, nach der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes damit rechnen müssen, und auch wir hier im Parlament werden damit rechnen müssen, daß wir auch dann noch Mittel in Form von verlorenen Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung geben müssen (Zuruf: Böses Kapitel!).

Nun hat man sich in letzter Zeit gegen die Krankenkassen gewandt. Man hat gesagt, daß die Krankenversicherung einen aufgeblähten Apparat darstelle, insbesondere würden die Ortskrankenkassen zu teuer arbeiten. Das Statistische Landesamt hat im Auftrage des Herrn Ministers des Innern, und dafür sei dem Herrn Minister des Innern der Dank ausgesprochen, anläßlich der Erhebung durch das Reichsstatistische Amt auch feststellen lassen, wie die Dinge in Baden vom Jahre 1914 bis heute sich entwickelt haben. Wir sehen folgendes: Der Mitgliederstand hat sich — in runden Zahlen ausgedrückt — um nicht ganz 16 Proz., der Beitragssatz um 50 Proz., die Einnahmen um 48 Proz. vermehrt; die Ausgaben sind um 45 Prozent gestiegen, die Ausgaben für Verwaltungskosten dagegen aber nur um 22,26 Proz., während die Ausgaben für ärztliche Behandlung usw. eine Steigerung von 83,76 Proz. aufzuweisen haben. Heute nehmen die Ausgaben für die ärztliche Behandlung an den Gesamtausgaben einen ganz anderen Anteil, als dies 1914 der Fall war. Von den Ausgaben entfielen 1914 auf ärztliche Behandlung 13,12 Proz., heute 17,09 Proz. Die Ausgaben der Verwaltungskosten der Krankenkassen sind dagegen von 8,48 auf 7,30 Proz. gefallen. Daraus geht hervor, daß die Anschuldigungen, die den Krankenkassen gegenüber gemacht wurden, unberechtigt sind. Die Ärzte selber haben meines Wissens diese Vorwürfe nicht erhoben, aber sie haben in letzter Zeit leider versucht, ihre Gebührensätze weiter erhöhen zu lassen. Sie begründen dieses mit dem Hinweis, daß die Gebührensätze für die Ärzte ungenügend seien. Andere Kreise bestreiten dieses wieder und behaupten, daß heute die Ärzte aus den Krankenkassen außerordentlich gute Bezüge erhalten. Man sagt, daß Ärzte vorhanden sind, die bis zu 25 000 M., ja sogar noch darüber an jährlichen Honoraren von den Krankenkassen beziehen. Zugegeben nun, daß die Ärzte im Durchschnitt nicht genügend erhalten. Woher kommt das? In der Hauptsache daher, weil wir eine bedeutende Übersetzung der Ärzte haben. Während im Jahre 1880 auf eine Million Einwohner 89 Ärzte kamen, waren es 1925 670 Ärzte. In Deutschland hatten wir im Jahre 1914 34 000 Ärzte; heute, wo wir weniger Einwohner haben, sind es 41 600 Ärzte. Der Abgang und der Zugang der Ärzte stehen zueinander in einem großen Mißverhältnis. Der Zugang der Ärzte beträgt jährlich 2500, der Abgang etwa 700. Statt 800 Kassenärzte sind in Baden etwa 1400 Kassenärzte. Zurzeit sollen in Deutschland auf den Universitäten etwa 6500 Studenten Medizin studieren. Durch die gewaltige Zahl der Ärzte verringert sich selbstverständlich auch das Einkommen der einzelnen Ärzte, die bei den Kassen tätig sind. Nun kann es aber nicht Aufgabe der Krankenkassen sein, diese Ärzte so hoch zu honorieren, daß sie keinerlei Klage mehr zu erheben haben. Was meines Erachtens notwendig ist, das ist, daß die Vermehrung in diesem Berufe etwas unterbunden wird. Die Ärzte verlangen das. Ich glaube, es wäre auch Aufgabe der Regierung, besonders auch in den Schulen immer wieder die erforderliche Aufklärung zu geben. Wenn aber trotzdem sich so viele Volksgenossen zu dem Arztberufe drängen, dann hängt das auch damit zusammen, daß schließlich doch manche Ärzte vorhanden sind, die ein außerordentlich hohes Einkommen haben.

Zum Schlusse darf ich der Regierung noch einige Wünsche mit der Bitte um möglichste Beachtung vortragen. Der erste Wunsch hängt mit dem zusammen, was bereits der Herr Kollege Graf hier vorgetragen hat. Trotzdem, wie der Herr Minister erklärt hat, man in den letzten Jahren bemüht gewesen ist, Verbesserungen in den Leitungen der Versicherungsämtern vorzunehmen, sind auch mir in letzter Zeit Klagen zugegangen, wonach die Versicherungsämter auf dem Gebiete der Rechtsprechung in nicht wenigen Fällen zu langsam handelten, in manchen Fällen ihre Entscheidungen auch daneben gingen. Es wurden mir gerade dieser Tage wieder zwei Fälle zur Kenntnis gebracht, wonach in beiden Fällen bei kleineren Versicherungsämtern Streitfragen seit Ende des Jahres 1924 anhängig sind. Es handelt sich hier um Ansprüche armer Leute auf Krankengeld, wobei die Krankenkasse ihre Zuständigkeit verneint. Nach meinem Dafürhalten müßte es möglich gewesen sein, doch viel schneller eine Entscheidung herbeizuführen. Ein Bekannter von mir, der Leiter einer größeren Krankenkasse, brachte hierzu folgendes zum Ausdruck: „Ohne den Herren zu nahe zu treten, muß doch gesagt werden, daß sie, weil sie erst lernen sollen" — er hat in der Hauptsache junge Assessoren im Auge — „die schwierigen Materien nicht oder nicht genügend beherrschen". Die Folge ist, daß, statt daß nach kurzer Aufklärung die Sache entschieden wird, die Akten mit einem sog. Verlegenheitsbeschluß von einer Stelle zur anderen wandern, zum Teil monatelang liegen bleiben oder gar in Verstoß geraten. Besonders in schwierigen Fällen kann man einfach keine Entscheidung erhalten." In einem Falle handelt es sich auch um ein Amt, wo die Sache nicht nur von einem Assessor behandelt wurde, sondern zum Teil auch von dem Vorstand des betr. Amtes. Es hängt das aber damit zusammen, daß solche kleine Versicherungsämter selten mit solchen Streitfällen zu tun haben, und der Vorstand eines Bezirksamtes oder sein Vertreter mit anderen Dingen in der Verwaltung erheblich belastet ist. So kommt es, daß, wenn der Beamte einmal sich mit einem komplizierten Fall beschäftigen muß, er nicht in der Lage ist, die Dinge bis ins Kleinste beurteilen zu können.

Ich glaube, man könnte vielleicht folgenden Weg beschreiten, und ich bitte, diesen Vorschlag einmal zu prüfen: In kleinen Bezirksämtern, die räumlich zusammenhängen und gegenseitig leicht zu erreichen sind, wäre es vielleicht möglich, irgendeinen Vorstand oder einen Beamten, der eine gewisse Kenntnis auf dem Gebiete der Sozialversicherung besitzt, zu beauftragen, die ganzen Versicherungsfälle zu bearbeiten. Ohne daß die Versicherungsämter jeweils bei den einzelnen Bezirksämtern aufgehoben werden, kann, wenn ein Fall zu behandeln ist, der betreffende Ausschuß zusammengeholt werden. Es kann dann der Fall am Orte des Versicherungsamts entschieden werden. Der hierzu bestimmte Beamte bearbeitet meinetwegen für drei bis vier Versicherungsämter die in Frage kommenden Streitsachen und wird hauptamtlich damit beschäftigt. Ich glaube, damit werden erstens schnellere Entscheidungen getroffen, schnellere Beschlüsse gefaßt, zweitens wird dadurch auch gewisse unnötige Arbeit, Rückfragen bei den Bürgermeisterämtern usw., verhütet, und letzten Endes werden auch die Entscheidungen sachgemäßer getroffen. Vielleicht wäre die Möglichkeit gegeben, nach dieser Richtung eine Regelung zu treffen. Stellen wir uns vor, das Versicherungsamt Meßkirch, Pfullendorf, Stockach und meinetwegen Überlingen werden von irgendeinem der Herren, sagen wir einmal, es ist gleich, wer es macht, des Bezirksamts Stockach geleitet. Er hat die ganzen Sachen zu bearbeiten. Er hält aber seine Sit-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Eichenlaub** [Zentr.])

zungen ab, wo sie gerade fällig werden. Im Laufe der Zeit hat er sich so eingearbeitet, daß unnötige Rückfragen nicht mehr erforderlich werden. Ich glaube, damit wird auch eine gewisse finanzielle Ersparnis erzielt.

Von dem Herrn Kollegen Graf wurde dann auch die Streitfrage zwischen Zahnärzten und Dentisten erwähnt. Ich bin überzeugt, daß die Regierung nicht die Bestrebungen unterstützt, die vielfach von den Zahnärzten ausgehen, nämlich die Dentisten auszuschließen, sondern daß man den Forderungen der Dentisten, soweit sie erfüllt werden können, entgegenkommt.

Soweit es sich um die Errichtung von Eigenbetrieben der Krankenkassen handelt, schließe ich mich demjenigen an, was bereits der Herr Kollege Graf vorgetragen hat.

Dann möchte ich zu dem Gebiet der Invalidenversicherung eine Bemerkung machen. Ich weiß nicht, inwieweit die Bestimmung verwirklicht worden ist, die seinerzeit in § 7 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 getroffen wurde. Dort heißt es nämlich, daß die Reineinnahmen aus Zöllen für Roggen und Weizen, dann auch für Vieh, später der Invalidenversicherung zuzuführen und zur Gewährung von Wohlfahrtsrenten an Anstalten zu verwenden sind. Aus diesen Mitteln sollen u. a. den Landesversicherungsanstalten jährlich 40 Millionen zugewendet werden, und zwar soll diese Zuwendung ab 1. April 1926 erfolgen. Ich bin nun nicht darüber unterrichtet, ob in dieser Beziehung von seiten des Reiches schon entscheidende Mitteilungen an das Land ergangen sind: Vielleicht kann darüber Auskunft gegeben werden. Ich würde es begrüßen, wenn aus diesen Mitteln die Landesversicherungsanstalt meinetwegen 1 bis 1,5 Millionen erhalten würde. Ich würde es begrüßen, weil infolgedessen dann die Landesversicherungsanstalt wieder in größerem Ausmaß als es in den letzten Monaten der Fall war, Darlehen für den Wohnungsbau gewähren könnte. Leider Gottes war sie aus Mangel an Mitteln im letzten Jahre gezwungen, die vielen in diesem Betreff bei ihr einlaufenden Gesuche jeweils mit dem Bemerken zurückzuweisen: „Es tut uns leid — wir haben kein Geld!" Sobald aber auf Grund des Gesetzes, das ich vorhin erwähnt habe, den Invalidenversicherungsanstalten die in Aussicht gestellten Millionen zufließen, wobei, wie ich ja schon sagte, auf Baden etwa 1 bis 1,5 Millionen entfallen würden, könnten die Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues wieder sich in dem Maße betätigen, wie es erfreulicherweise in der Vorkriegszeit der Fall war.

Zu prüfen wäre dann noch, ob das Maß der Invalidität, von welchem ab der Versicherte Rente erhält, nicht etwas herabgesetzt werden könnte; bekanntermaßen sind gegenwärtig 66⅔ Proz. Arbeitsunfähigkeit als Voraussetzung für die Rentengewährung erforderlich. Die badische Regierung ist ja zur Regelung dieser Frage nicht zuständig. Wenn aber die Frage aufgeworfen würde, dann sollte, wie ich glaube, auch von unserer Seite eine Prüfung dieser Frage vorgenommen, und es sollten entsprechende Anträge an die Reichsregierung gestellt werden.

Soweit die Unfallversicherung in Betracht kommt, möchte ich zunächst sagen, daß die Erhebungen, wie sie von seiten des Gewerbeaufsichtsamtes angestellt wurden und die ausführlichen Darlegungen dieses Amtes von einem andern meiner Kollegen noch in eingehender Weise gewürdigt werden. Ich selbst möchte zum Schlusse nur noch das eine vorbringen: Es wäre begrüßenswert, wenn man auch die im Gastwirtsgewerbe Beschäftigten und das Krankenpersonal mit in die Unfallversicherung einbeziehen würde. Damit würde sich der Kreis der Versicherungspflichtigen immer mehr, und zwar in einer solchen Weise schließen, wie es allgemein erwünscht ist.

Abschließend möchte ich sagen: Wir haben hier ein Gebiet zu behandeln, das eigentlich fast keine Seite darbietet, die Anlaß gäbe, irgend welche Kritik zu üben oder irgend welche neuen Vorschläge zu machen. Die Regierung selbst steht über der Sache; aber auch draußen wird zufriedenstellend gearbeitet. Und was die Kritik anlangt, die sich gegen die Sozialversicherung wendet — entweder aus „sozialer Müdigkeit" heraus oder, weil angeblich dadurch die „Wettbewerbsfähigkeit unterbunden wird" —, so hoffe ich, daß sie immer mehr und mehr zum Verstummen kommen und man den Erfordernissen der Sozialversicherung immer mehr Rechnung tragen wird (Beifall).

Abg. **Martloff** (Sozdem.):

Über das heute zur Beratung stehende Kapitel hat schon gestern mein Parteifreund Graf anläßlich der allgemeinen Aussprache weitgehende Ausführungen gemacht, so daß ich es mir versagen kann, jetzt auf Einzelheiten einzugehen.

Er hat ja davon gesprochen, es müsse versucht werden, eine Änderung auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens in dem Sinne herbeizuführen, daß im Interesse der Versicherten die Zersplitterung hinsichtlich der Krankenkassenarten beseitigt werden müsse; er hat sich dafür eingesetzt, daß der Zustand, wie er in dieser Hinsicht jetzt besteht, aufgehoben werde. Zweifelsohne ist dieser Zustand als ein ungesunder zu bezeichnen und wenn man, wie das der Herr Abg. Graf schon getan hat, das Interesse der Versicherten ins Auge faßt, dann muß ausgesprochen werden, daß er unhaltbar ist und in Zukunft nicht weiter bestehen sollte. Bei der Reichsregierung muß, soweit bei ihr die einschlägigen Fragen nun einmal anhängig sind und schweben, von seiten unserer Regierung aus der Wunsch vorgetragen werden, daß alle in der bezeichneten Richtung gehenden Bestrebungen auf Vereinfachung und Vereinheitlichung, auf Zusamemnfassung und Zusammenlegung der genannten Kassen entschieden Unterstützung finden.

Weiterhin hat auch mein Parteifreund Graf gestern davon gesprochen, es solle der ganze Aufbau unserer sozialen Versicherung in dem Sinne ein anderer werden, daß diese soziale Versicherung zu einer allgemeinen Volksversicherung ausgebaut werden sollte. Da stelle ich mir nun vor, daß dann nicht etwa bloß diejenigen Wünsche berücksichtigt würden, die soeben mein Herr Vorredner vorgebracht hat — die darin gipfelten, daß auch die im Gastwirtsgewerbe Beschäftigten und Krankenpersonal in den Kreis der Versicherten einbezogen werden sollten —, sondern ich gehe einen Schritt weiter und nehme an, daß diese Versicherung sich dann auch auf die im Kaufmannsgewerbe Beschäftigten ausdehnt, soweit sie nicht jetzt schon der Versicherungspflicht unterstehen (soweit sie also beispielsweise nicht in Lagerhäusern, sondern in Verkaufsläden tätig zu sein haben). Ich denke mir also, daß auch dieser Personenkreis in die Versicherung miteinbezogen werden soll, und weiterhin schlage ich vor, daß auch alle kleinen, selbständigen Existenzen — die heute die Möglichkeit haben, von der Versicherung freizubleiben — durch Zwang einbezogen werden müßten. Es liegt das in ihrem eigenen Interesse. Denn wir wissen doch, welche Folgen es haben kann, wenn in der Familie eines Kleinhandwerkers, eines Kleingewerbetreibenden ein Krankheitsfall eintritt. Nehmen wir doch einmal an, daß die Frau oder irgend eines der Kinder erkranke: das Erwerbsleben des Kleingewerbetreibenden liegt nach kurzer Zeit darnieder, er kann seinen Betrieb nicht fortsetzen, die Be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Marxloff** [Sozdem.])

triebsmittel sind unter Umständen sehr rasch aufgezehrt, er kann also leicht der Not anheimfallen oder genötigt sein, Unterstützungs- oder Fürsorgemittel in Anspruch nehmen zu müssen. Gerade wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Angelegenheit betrachtet, erscheint es wünschenswert, daß in den Kreis derjenigen Personen, welche der Versicherung unterstellt sind, auch die von mir bezeichneten einbezogen werden.

Wenn das geschieht und wenn man nicht dazu kommt, diese Frage von einem allgemeineren Gesichtspunkt aus aufzurollen, dann wird es allerdings notwendig sein, daß vorher schon die Renten, welche den Invalidenrentnern gewährt werden, eine Neuregelung erfahren. Diese Renten müssen auf eine solche Höhe hinaufgesetzt werden, daß sie auch wirklich zum Leben ausreichen. Hier stehe ich auf dem Standpunkt: Es darf nicht so weit kommen, daß die ergänzende Fürsorge einzusetzen hat; das ist ja überhaupt nur ein Notbehelf, den man eben heute eingeführt hat, weil die allgemeine Fürsorge den Gemeinden zugewiesen ist. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß aus der Versicherung selbst heraus so viel geleistet werden müßte, um den notwendigen — ich betone: nicht etwa nur den notdürftigen, sondern den notwendigen — Lebensunterhalt zu gewährleisten.

Dann hat vorhin schon mein Herr Vorredner eine Frage aufgeworfen, auf die ich gleichfalls kurz eingehen will. Er hat darauf hingewiesen, man müsse auch daran denken, wie für die Angestellten, so auch für die gegen Invalidität Versicherten von einem früheren Zeitpunkt, als dem der Erwerbsunfähigkeit, ab, die Invalidenrente zu gewähren. Gerade wir, die wir mitten in der Praxis drin stehen, wissen, wie viele Grenzfälle es doch hier gibt. In der Hauptsache hängt die Entscheidung gewöhnlich vom Arzt, das heißt, von seinem Gutachten ab. Wenn der Arzt eben lediglich eine Erwerbs-„beschränkung" infolge Krankheit oder aus anderen Ursachen in Höhe von 55—60 Proz. annimmt, dann „reicht es eben nicht", weil es in der Bestimmung heißt, daß der Versicherte nicht mehr verdienen darf, als das, was ein gesunder, arbeitsfähiger Arbeiter zu verdienen imstande ist. Da sind wir der Auffassung: Wenn es für die Angestellten recht ist, schon bei einer Erwerbsbeschränkung von 50 Proz. ihm Invalidenrente zu gewähren (Zurufe), dann ist das für die Arbeiter ebenfalls einfach billig, und deshalb muß die Forderung erhoben werden, daß auch hier versucht werden muß, bei Änderung der Gesetzgebung, vielleicht durch eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung, im Interesse der Versicherten eine Besserung herbeizuführen.

Die Frage, die mein Herr Vorredner aufgegriffen hat, ob es denn nicht vielleicht zweckmäßig wäre, von den Rechtsprechungsinstanzen und Verwaltungsinstanzen usw., Versicherungsämtern, vielleicht einige zusammenzulegen bzw. in dem Sinne zusammenzufassen, daß der eine oder andere Beamte bestimmt wird für mehrere Versicherungsämter, dem dann diese Versicherungsämter unterstellt werden — ich glaube, diese Frage wäre erwägenswert, man könnte sie prüfen. Es könnte dann eine gewisse größere Auswahl, im engeren Sinn eine Auswahl derjenigen Beamten stattfinden, die für dieses Gebiet besonders geeignet und qualifiziert sind, und es würde auch eine gewisse Richtung hineinkommen, ich will einmal sagen, durch die Routine, durch die Erfahrung dieser Beamten, was sicherlich auch wieder im Interesse der versicherten Kollegen wäre.

Ich möchte aus der Erfahrung heraus sagen, daß in vielen Fällen bei den Versicherungsämtern und den Oberversicherungsämtern das Verfahren außerordentlich langsam vor sich geht. Auch hierüber hat mein Herr Vorredner bewegliche Klagen vorgetragen. Auch mir sind derartige Fälle bekannt, wo es Monate, ja nicht nur Monate, sondern weit über ein Jahr in einzelnen Fällen hinausgeht. Das trifft auch auf die Rechtsprechungsinstanz der Versorgungsgerichte zu. Auch dort liegen die Verhältnisse ähnlich, auch dort dauert es oft außerordentlich lange, bis endlich eine Entscheidung gefällt wird, bis die Spruchkammer ihre Entscheidung fällen kann. Es scheint mir auch hier wieder im Interesse der Versicherten geboten zu sein, ein rascheres Verfahren herbeizuführen. Woran es liegt, vermag ich nicht zu beurteilen: ob es an den Kräften fehlt in den einzelnen Rechtsprechungsinstanzen, beim Oberversicherungsamt, Versorgungsgericht, auch Versicherungsamt, oder ob es an den geeigneten qualifizierten Personen fehlt, die in diesen Ämtern tätig sind, und denen die Dinge vielleicht etwas fremd vorkommen, so daß es dadurch auch langsamer geht. Irgendwo ist jedenfalls der Fehler, und es wäre wünschenswert, daß die Regierung da nach dem Rechten sieht und prüft, inwieweit diesen berechtigten Klagen nach dieser Richtung hin abgeholfen werden kann. Es ist dringend wünschenswert, daß die Fälle nicht monatelang und jahrelang bei den Versicherungsinstanzen liegen, bis sie zur Entscheidung kommen, weil in der Zwischenzeit ja die Leute, die Berufung eingelegt haben, beispielsweise gegen einen Bescheid einer Berufsgenossenschaft, sterben und verderben können, bis endlich eine Entscheidung getroffen ist in den Fällen, wo es sich um Herabsetzung der Unfallrente oder unter Umständen auch um Aufhebung der Unfallrente dreht.

Im allgemeinen möchte ich das unterstreichen, was gestern bereits grundsätzlich von meinem Parteifreund Graf zum Versicherungswesen ausgesprochen worden ist, und darf mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Duffner** (Zentr.):

Ich möchte der Regierung gerne eine Bitte zur Vertretung bei der Reichspostverwaltung unterbreiten.

Die Entschädigung unfallversicherter Postreisenden erfolgt heute noch, auch im Zeichen des Kraftwagenverkehrs, bei Unfällen nach dem Gesetz vom 28. Oktober 1871. Das Gesetz hat heute noch Geltung, weil durch die Postordnung vom 22. Dezember 1921 die Kraftwagenposten als ordentliche Posten angesehen werden. Nach einer Mitteilung einer Oberpostdirektion— ich habe mich seinerzeit dorthin gewendet — schränkt das Postgesetz die Haftpflicht der deutschen Reichspost den Reisenden gegenüber ganz erheblich ein, und nach § 11 des genannten Gesetzes hat die Reichspost bei Reisen mit den ordentlichen Posten im Falle einer körperlichen Beschädigung eines Reisenden Ersatz für die ordentlichen Arzt- und Verpflegungskosten zu leisten. Dagegen ist eine weitergehende Entschädigung als die in diesem § 11 vorgesehene durch den § 12 des gleichen Gesetzes ausgeschlossen. Im Gegensatz zum Reichshaftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 gewährt also das Postgesetz weder Anspruch auf Ersatz für die Nachteile, die der Reisende infolge der durch die Verletzung verursachten Beschränkung seiner Erwerbsfähigkeit erfährt, noch sieht es Zahlung von Schmerzensgeld vor.

Ein Unfall, der seinerzeit bei uns droben vorgekommen ist und der einem Arbeiter eine lang dauernde Erwerbsunfähigkeit gebracht hat, veranlaßt mich, hier bei dieser Gelegenheit die Sache kurz zur Sprache zu bringen. — Die Reisenden reisen also bei den Kursfahrten auf ihre eigene Gefahr. Daß die Sache aber doch einigermaßen gefährlicher ist als bei den früheren gemächlicheren Postfuhrwerken, geht wohl daraus

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Duffner [Zentr.])

hervor, daß die Reichspostverwaltung seit 1. Mai d. J. sich für ihre Sonderfahrten gegen Haftpflicht versichert hat, während der Reisende bei Fahrten mit dem Kursauto tatsächlich bis zu einem gewissen Grad auf eigene Gefahr fährt, also ohne finanziellen Schutz im Falle eines Unglücks auch dann, wenn den Chauffeur etwa eine Schuld treffen sollte, wenn also die Reichspostverwaltung die Verantwortung tragen würde.

Ich bin der Meinung, daß jetzt, wo wir ganz andere Verhältnisse auf dem Gebiete des Verkehrs haben, doch eine Regelung eintreten sollte etwa in dem Sinne, daß die Reichspostverwaltung ihre Haftpflicht auch auf ihre Kursfahrten ausdehnt und dem Reisenden gegenüber die volle Haftung übernimmt. Dazu müßte natürlich das Postgesetz geändert werden, und ich gestatte mir daher die Bitte an die Regierung zu richten, die Angelegenheit gelegentlich bei der Stelle zur Sprache zu bringen, bei der sie geordnet werden kann (Beifall beim Zentrum).

Abg. Lechleiter (Komm. P.):

Wir haben hier zwei Streichungsanträge gestellt; nicht, weil wir gegen diese Position sind, sondern weil wir bereits mehrfach schon während der Beratungen zum Ausdruck gebracht haben, daß wir grundsätzlich gegen diese Vergütungen, Nebengehälter und Nebenbezüge sind. Das muß auch hier zum Ausdruck gebracht werden. Die §§ 1 und 5 sehen wieder solche Nebenbezüge und Vergütungen vor. Es muß danach getrachtet werden, daß die Beamten und Angestellten so entlohnt werden, daß sie ihre auskömmliche Existenz haben, und daß nicht auf dem Umweg über die Vergütungen und Nebengehälter die Besoldungsordnung sozusagen umgangen wird.

Zum Titel selbst möchte ich bei der „großen" Aufmerksamkeit, die das Hohe Haus diesem sehr wichtigen Titel widmet durch die glänzende Abwesenheit des größten Teils der Abgeordneten (Abg. Ritter: Sehr gut!), nur noch sagen, daß wir all das, was bezüglich der Wünsche und Klagen vorgebracht worden ist, unterstreichen und wünschen, daß für eine Änderung da und dort, wo es notwendig ist, gesorgt wird, besonders für eine Beschleunigung des Verfahrens bei den einzelnen Fällen.

Es ist hier, hauptsächlich von dem Abg. Eichenlaub, zum Ausdruck gebracht worden, daß wir auf unsere Sozialversicherung stolz sein könnten. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, möchte aber in diesem Zusammenhang doch das eine sagen, daß unlängst ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer — er ist allerdings aus der Schweiz — von einem Gewerkschaftskongreß aus Sowjetrußland zurückkehrte und sein Urteil über die dortige Sozialgesetzgebung in den Satz kleidete: die Sozialgesetzgebung sei momentan einwandfrei, ausgezeichnet, besonders für die Arbeiterinnen, man sehe keine abgehärmten Mütter, die russischen Arbeiterinnen können zufrieden sein, sie sind weit besser gestellt als die unseren (Abg. Ritter: Hören Sie, Frau Siebert?). Das sagt Gewerkschaftssekretär Schifferstein, ein sehr guter Sozialdemokrat! Ich möchte nur wünschen, daß die Zeit kommt, wo wir auch von Deutschland sagen können, daß seine Sozialgesetzgebung einwandfrei ist (Sehr richtig! bei den Kommunisten).

Minister des Innern Remmele:

Ich habe ein paar Bemerkungen zu machen zu den Ausführungen, die wir gehört haben.

Die Anregung des Herrn Abg. Eichenlaub, für mehrere Versicherungsämter, bezw. Bezirksämter einen Beamten zu beauftragen mit der Erledigung der Geschäfte (Auf Zuruf des Abg. Eichenlaub:) — bei kleinen Ämtern mit der Erledigung der Geschäfte auf dem Gebiete der Streitigkeiten im Versicherungswesen — diese Anregung werden wir prüfen. Ich kann mir vorstellen, daß sich vielleicht für den einen oder anderen Bezirk ein Weg finden läßt, die personellen Voraussetzungen zu lösen. Ob das allgemein möglich sein wird bei der verschiedenartigen Gestaltung und den Verkehrsverhältnissen unseres Landes, das muß man natürlich einer eingehenden Prüfung vorbehalten.

Dann wäre von Interesse, die Streitfälle kennen zu lernen. Es sollen zwei Fälle vorliegen, wo die Streitfälle bis zum Jahre 1924 zurückliegen und nicht erledigt sind. Es müßte selbstverständlich unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß hier eine Bereinigung erfolgt.

Die grundsätzliche Einstellung zur Dentistenfrage, soweit die Erhaltung und Förderung dieses Berufes in Frage kommt, ist gegeben einmal durch unsere Position im Etat, Förderung der Ausbildung im allgemeinen, wozu wir einen Zuschuß geben, und dann auch durch die augenblickliche Erwägung, ob es möglich ist, im Lande eine Dentistenkammer aufzurichten. Es gehen allerdings im Reiche, von Preußen ausgehend, Bestrebungen, wonach auf eine Verständigung beiderseits aber unter Führung des Sozialministeriums in Berlin, der Dentistenberuf für die Zukunft total aufhören soll, also ein Nachwuchs abgeschnitten werden soll. Ob es dahin kommen kann, weiß ich nicht. Jedenfalls bedarf diese Frage im Interesse der Versicherten insbesondere einer sehr eingehenden Prüfung.

Es ist dann zuletzt von dem Herrn Abg. Duffner die Frage angeregt worden, daß wir unsere Unterstützung leihen sollen, daß die Frage der Entschädigung für Unfallverletzte bei der Reichspost reichsrechtlich anders gelöst wird. Wir werden diesen Gedanken aufnehmen und dementsprechend ihm unsere Aufmerksamkeit schenken.

Abg Schreck (Komm. P.):

Ich habe Beschwerde zu führen darüber, daß die Versicherungsämter in Baden in der Regel sehr langsam arbeiten. Ich habe verschiedene Fälle zu vertreten gehabt, wo es sich gehandelt hat um Waisen- und Witwenunterstützungsfälle, die monatelang herumgezogen worden sind und doch kein endgültiger Bescheid getroffen worden ist. Trotzdem immer wieder Ermahnungen ergangen sind, ruht auch heute noch die Entscheidung und steht in einem Falle jetzt 12 oder 13 Monate im Rückstand. Ich möchte bitten, daß hier nach dem Rechten gesehen wird.

Dann muß folgendes bei der Sozialversicherung bedacht werden: Der Sozialversicherung in Deutschland fehlt, daß man jedem Versicherten die freie Arztwahl zugesteht. Dieselbe steht wohl auf dem Papier, aber in der Stadt Mannheim z. B. sind 81 Ärzte, die zu der Ortskrankenkasse nicht zugelassen sind. Das bedeutet, daß man diese Ärzte direkt dem Hungertod ausliefert. Wenn heute einer nicht zur Ortskrankenkasse zugelassen wird, so ist damit seine wirtschaftliche Existenz so gut wie erledigt. Ich weiß, daß es ganz bestimmte Heilmethoden gibt, die man damit von der Krankenkassenpraxis fernhalten will. Diese Heilmethoden, die man von den Krankenkassen fernhält, obwohl es Versicherte gibt, die danach behandelt werden möchten, sind die Naturheilmethoden. Deshalb schneide ich diese Frage hier an, weil es

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

so ist, daß die Krankenkassen grundsätzlich die Naturheilärzte ausschalten. Deswegen muß einmal darüber gesprochen werden, es muß der Bann gebrochen werden, damit auch die Versicherten, die sich nach einer bestimmten Heilmethode behandeln lassen möchten, die Möglichkeit haben, sich so behandeln zu lassen, wie es ihnen paßt. Das ist aber leider in Baden nicht der Fall, deswegen bringe ich diese Dinge hier zur Sprache.

Der Herr Abg. Heurich hat gestern hier Ausführungen gemacht, die sich auf die deutsche Sozialversicherung bezogen, und dabei betont, daß man die Lohnhöhe in Deutschland nicht vergleichen könne mit der anderer Länder, weil in Deutschland ja bereits die Sozialversicherung eingerechnet sei auf die Löhne. Man zahlt in Deutschland niedrigere Löhne mit der Begründung, daß die Arbeiter dafür überall versichert seien. Trotz alledem hat der Herr Abg. Heurich — und sein sozialdemokratischer Sekundant hat das auch gesagt — betont, daß man die Erwerbslosenversicherung schleunigst durchführen müsse. Das heißt auf deutsch, daß die Arbeiter noch mehr Versicherungsbeiträge zu zahlen haben und daß die Lasten nicht getragen werden von denen, die tragfähige Schultern haben. Man müßte — und das hat der Herr Heurich auch betont, daß das die Gewerkschaften nicht wollen — unter Umständen die Löhne erhöhen, wenn man jetzt die Arbeiter mit neuen Versicherungsbeiträgen belasten wollte. Nun sagt aber Herr Heurich: In absehbarer Zeit kommen Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht in Frage. Damit dokumentiert er also, daß man den Arbeitern, den Versicherten, neue Lasten aufbürden will zu den alten ohne die Löhne zu erhöhen (Zwischenruf des Abg. Ritter).

In dem gleichen Atemzuge, in dem der Herr Heurich sagt, daß die Gewerkschaften nicht daran denken, in absehbarer Zeit Lohnkämpfe zu führen, sagt er, daß die Industrie in vielen Fällen höhere Dividenden ausbezahlt. Damit hat m. E. der Arbeitervertreter Heurich bewiesen, daß er bei der Industrie voll und ganz steht und die Interessen der Großindustrie vertritt und nicht die Interessen der Arbeiter.

Der Herr Abg. Dr. Glockner, von dem das ja besser verständlich ist, hat in demselben Zusammenhange gesagt, daß die „Wirtschaft" Erleichterungen erhalten müsse, dieselbe „Wirtschaft", von der der Herr Heurich sagte, daß sie sich mit 13 und 17 Proz. Dividende rentiert, und er hat damit ebenfalls dokumentiert, daß er ein Vertreter der Schwerindustrie ist. Ich nehme die Gelegenheit wahr, um das hier vor aller Öffentlichkeit festzustellen.

Abg. Graf (Sozdem.):

Ich möchte noch einige kurze Bemerkungen auf die Ausführungen des Herrn Abg. Schreck machen, besonders deswegen, weil er die freie Arztwahl bei den Krankenkassen berührt hat. Er stellt sich hier im Gegensatz zu seinen Parteianhängern, die in den Selbstverwaltungskörpern der Krankenkassen tätig sind, und diejenigen, die Erfahrung und Einblick in diese Fragen haben, sagen sich, daß sie als Versicherte nicht dazu verpflichtet sind, die ungeheure Zahl der Ärzte zu besolden, sondern daß die Krankenkassen natürlich nur im Verhältnis ihrer Versichertenzahl Ärzte zulassen können. Es ist doch vollständig ausgeschlossen, daß die große Zahl von Ärzten, die jetzt sich selbständig macht und praktiziert, zu den Krankenkassen zugelassen werden können. Es gibt kein Betrieb, in dem mehr Arbeiter eingestellt werden als man braucht. Die große Zahl der zugelassenen Ärzte haben zum Teil schon zum Ruin der Kassen beinahe geführt, denn je größer die Zahl der Ärzte, desto mehr die Vielgeschäftigkeit. Das ist menschlich begreiflich und man wird deshalb allgemein gegen den ärztlichen Stand einen Vorwurf nicht erheben können. Aber wir, die wir praktisch in dieser Sache tätig sind, können doch sagen, daß durch die große Zahl der Ärzte eben auch Aufwendungen entstehen, die durchaus nicht mehr im Interesse der Sozialversicherung und im Interesse der Versicherten liegen.

Übrigens sind wir hier, Herr Abg. Schreck, an Reichsgesetze gebunden. Gerade diese Mißstände haben dazu geführt, daß im Oktober 1923 eine Notverordnung erlassen worden ist, die das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten regelt, und es ist nicht der einzelnen Kasse überlassen, nach den heutigen Bestimmungen ohne Wahl die Ärzte zuzulassen, sondern es sind bestimmte Ausschüsse eingesetzt, sogen. Zulassungsausschüsse, die über die Zulassung der Ärzte zu bestimmen haben. In diesen Zulassungsausschüssen können wir feststellen, daß vielfach die Ärzte mehr gegen die Zulassung sind als die Krankenkassen selber.

Was die Naturheilkunde anbelangt, so wird die Zulassung von dieser wissenschaftlichen Einstellung nicht berührt. Soweit er ein approbierter Arzt ist, und er ist Naturheilarzt, steht der Zulassung gar nichts entgegen, auch bei einem homöopathischen Arzt nicht; aber die Kurpfuscher, die sich als Naturheilkundige ausgeben, können natürlich nicht zugelassen werden. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, bei den reichsgesetzlichen Versicherungsträgern Kurpfuscher zuzulassen.

Wir von seiten der Krankenkassen sind bestrebt, gerade die Frage der Naturheilkunde besonders zu beobachten, und auf dem deutschen Krankenkassentag in Düsseldorf, der in den nächsten Tagen stattfindet, wird der prominenteste Vertreter für die Naturheilkunde, der Professor Klein in Jena einen Vortrag halten. Solange die Naturheilkunde in wissenschaftlich-medizinischen Händen ist, kann sie zugelassen werden; es ist mehr eine Frage, die auf wissenschaftlichem Gebiete liegt und auf dem Gebiete der Einstellung derjenigen, die den ärztlichen Stand ergreifen und zwar ob sie Allopathie, Homöopathie oder Naturheilkunde vorziehen. Da kann man den Krankenkassen keinen Vorwurf machen, das sind Fragen, die in der Entwicklung begriffen sind und die sich mit der Zeit von selbst erledigen werden. Einen schlechten Dienst haben Sie Herr Abg. Schreck den Versicherten und Kranken damit geleistet, indem Sie glauben, man solle ohne Wahl jeden Arzt bei den Krankenkassen zulassen.

Ich möchte dann nur noch auf eine Frage zurückkommen, das ist die Dentistenfrage. Der Herr Minister hat in Aussicht gestellt, daß in Baden evtl. eine Dentistenkammer errichtet würde. Ich bin ohne weiteres Gegner der Verschmelzung des Berufes der Dentisten und Zahnärzte. Es ist aber auch nicht notwendig, eine besondere Dentistenkammer zu errichten. Man könnte die Dentisten der Handwerkskammer unterstellen. Auf alle Fälle sehen wir von seiten der Krankenkassen darin, daß noch eine besondere öffentlich-rechtliche Betreuung der wirtschaftlichen Interessen der Dentisten in Aussicht gestellt ist, einen starken Gegenstoß gegen die Interessen der Krankenkassen. Ja diese Dinge kennen wir seit Jahren und wissen, wie sie sich entwickeln. Wir haben alle Achtung vor dem Dentistenstand. Soweit es sich um die technischen Arbeiten handelt, kann der Dentist nicht zurückgestellt werden, besonders in Baden, wo die Ausbildung der Dentisten durch die Maßnahmen der Regierung gesichert ist. Es wird kaum in einem Lande so viel für die Ausbildung des Dentistenstandes getan, wie in Baden. Es ist deshalb nicht notwendig, daß noch weitere Maßnahmen ergriffen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Graf [Sozdem.])

Ich möchte die Regierung bitten, falls die Frage im Reiche akut wird, in die Verschmelzung zwischen Zahnärzten und Dentisten einzutreten, daß die Verschmelzung nicht zustande kommt. Spezielle Gründe will ich nicht anführen, sie werden der Regierung bekannt sein. Preußen kann die Frage nicht allein lösen. Die Frage kann nur gelöst werden, wenn die einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung geändert werden. Solange diese Bestimmungen nicht geändert werden, kann der Zusammenschluß nicht erfolgen. Ich möchte bitten, falls dahingehende Absichten auf Abänderung der Reichsversicherungsordnung eintreten, sich dagegen zu stemmen und im Reichsrat dafür einzutreten, daß die beiden Stände Zahnärzte und Dentisten getrennt bleiben.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürgerl. Ver.):

Wir sind bezüglich der Dentistenfrage der Ansicht, daß die Frage von den einzelnen Ländern nicht gelöst werden kann, sondern daß man zweifellos mit den Vorschlägen warten muß, bis die reichsgesetzliche Regelung eine Weiterverfolgung erlaubt.

Der Präsident ruft auf § 1. Hier liegt ein Antrag der Kommunisten vor:

„§ 1 wird gestrichen."

Der Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt und damit § 1 genehmigt.

Der Präsident ruft auf §§ 1, 2 bis 5.

Hier liegt ebenfalls ein kommunistischer Antrag auf Strich des § 5 vor.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

§ 5 ist damit genehmigt.

Ebenso erklärt der Präsident die sämtlichen Untertitel und Paragraphen, da sie Widerspruch nicht erfahren, für angenommen.

Der ganze Titel VII wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel VIII, Wohlfahrtspflege.

Zu § 1 liegt ein Antrag der Kommunisten vor:

„In Titel VIII § 1c bleibt der alte Satz wie bisher mit 200 000 RM. bestehen."

Das Wort zu Titel VIII erhalten

Abg. Frau **Siebert** (Zentr.):

Der Herr Kollege Rückert hat in seinen Ausführungen von den Verheißungen der Reichsverfassung gesprochen und hat damit wohl die Artikel 7, 160 und 161 gemeint, in denen von dem natürlichen Recht des Menschen auf Nahrung, Unterhalt und persönliche Pflege die Rede ist. Wir alle wissen, daß gerade die Ereignisse der letzten Jahre vielen Menschen verwehrt haben, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, aber dieses Naturrecht, das durch das Christentum zu einem sittlichen Rechtsanspruch geadelt wurde, bleibt auch dann bestehen, wenn der einzelne Mensch nicht in der Lage ist, es für sich selbst einlösen zu können. Da ist der Punkt, wo die Wohlfahrtspflege einsetzen muß. Sie war jahrhundertelang eine freiwillige, persönliche, subjektive; objektiviert hat sie erst die Zeit, welche als Zeit der Massenerscheinung bezeichnet werden muß. Diese Zeit hat auch Massennot gebracht, zu deren Linderung, zu deren Meisterung wir dann die staatliche Organisation brauchten, wie sie in der Fürsorgepflichtverordnung des Jahres 1924 ihren Ausdruck fand. Dort aber in Absatz 5 der Reichsfürsorgepflichtverordnung sowohl wie in § 10 der badischen Ausführungsverordnung zur Reichsfürsorgepflichtverordnung wird den karitativen Organisationen das Recht und die Pflicht eingeräumt, innerhalb der staatlichen Fürsorge ihr Werk auszuüben. Ich habe nun die Jahresberichte der verschiedenen karitativen Organisationen durchgeschaut und bin nicht ganz der Überzeugung, daß immer diesen gesetzlichen fundierten Ansprüchen der karitativen Organisationen in der Vertretung der Fürsorgeausschüsse Rechnung getragen wurde. Wir bedauern, daß die Eingaben des Caritasverbandes und des Verbandes der Inneren Mission nur empfehlend überwiesen wurden. Wir hätten eine sofortige Einstellung einer bestimmten Summe viel lieber gesehen. Aus der Tradition heraus nimmt der Badische Frauenverein eine Sonderstellung ein. Er ist staatlich subventioniert, staatlich konzessioniert (Abg. Dr. Schofer: Protegiert!) und staatlich protegiert und hat besonders in früheren Jahren Aufgaben erfüllt, zu deren Erfüllung er der staatlichen Gelder unbedingt bedurfte, und so, wohl aus dieser Tradition heraus sind diese 20 000 M., die wir ihm in keiner Weise neiden wollen, eingefügt, nur hätten wir gerne auch etwas gehabt mit folgender begründeter Forderung: Der Caritasverband und der Verband für Innere Mission sind beide als Reichsspitzenverbände der Wohlfahrtspflege bezeichnet. Das Jahr 1923 hat die Notwendigkeit erbracht, daß unmittelbar vom Reich den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Dazu war notwendig, daß Spitzenverbände geschaffen wurden. Diese Verbände sind: Rotes Kreuz, Caritasverband, Verband der Inneren Mission, Jüdischer Wohlfahrtsverband, Zentralausschuß der Arbeiterwohlfahrt und der Zentralausschuß der christlichen Arbeiterwohlfahrt. Und so glauben wir, daß auf Grund dieser gleichartigen Einreihung und dieser gleichartigen Einschätzung der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege auch der Caritasverband und der Verband der Inneren Mission Anspruch gehabt hätte an eine direkte Staatsunterstützung, wie sie dem badischen Frauenverein zuerkannt wurde. Es wurde, ich glaube von dem Herrn Minister von der Erlaubnis gesprochen, daß der Caritasverband die Erlaubnis erhielt, in Wirtschaften Geld zu sammeln. Der Caritasverband macht von dieser Erlaubnis Gebrauch — ich kenne die Sammlerinnen persönlich. Es ist aber für Mädchen mit guter Erziehung, für Mädchen mit streng sittlicher Lebensauffassung keine Kleinigkeit, Abend für Abend in die Gasthäuser zu gehen. Es hat mir letzthin eine Caritassammlerin mitgeteilt, daß sie in einem hiesigen Gasthof an einem festlich gedeckten Tisch sammeln ging und keinen roten Heller erhielt. Sie sehen, daß große Opferkraft dazu gehört, bei solchen Erlebnissen immer wieder jeden Abend von neuem diesen Gang aufzunehmen. Ich möchte einmal dem Hause bekanntgeben, wie groß der Umfang der karitativen Arbeit der Erzdiözese Freiburg ist: Ende 1923 gingen die letzten Barmittel aus den Stiftungen verloren. Seit dem Inkrafttreten des Reichsfinanzausgleichgesetzes hört auch der Zuschuß aus dem Reiche auf. Die katholische karitative Tätigkeit hat aber aufzukommen für 159 geschlossene Anstalten (Hört!), für 468 ambulante Krankenpflegestationen, für 310 Kleinkinderanstalten. Die geschlossenen Anstalten umfassen 15 Krankenhäuser,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Siebert [Zentr.])

45 Altersheime, 1 Anstalt für Gebrechliche, 18 Erholungsheime, 7 Erholungsheime für Kinder (Zuruf rechts: Allein in Baden?) Ja, alles in Baden. 29 Waisen- und Fürsorgeerziehungsanstalten mit 2549 Zöglingen, 9 Säuglings- und Zufluchtsheime, 25 Lehrlings-, Mädchen- und Ledigenheime und 13 Heime für Studierende, 289 Nähschulen mit 15 200 Schülerinnen, 385 Kleinkinderanstalten mit 26 504 Kindern. Das ist das Tätigkeitsgebiet der katholischen Caritas.

Wir haben in Baden 5491 katholische Ordensschwestern, 1851 evangelische Diakonissinnen, 900 Rote-Kreuz-Schwestern. Dazu kommen die Sozialfürsorgerinnen. Diese 4 Frauenberufe sind die Träger dieser großen karitativen sozialen Arbeit. Es sind Frauenberufe, die mit einer ungeheuren Arbeitsbelastung jeden Tag rechnen müssen. Die Bewältigung dieser Arbeitsbelastung ist aber nur möglich, daß diese Frauen alle getragen sind von der einen großen Idee des Helfenwollens und der Liebe zu dem Nächsten. Unsere katholischen Schwestern haben im Jahre 1925 gepflegt: In Spitälern 53 906 Kranke, ambulant 209 253 (Hört! Hört!), Nachtwachen in Krankenhäusern 40 000 (Hört! Hört), in Hauspflege: 2 233 144 Besuche und 250 000 Nachtwachen (Zuruf rechts: alle Anerkennung!). Sie können aus diesen Zahlen sehen, welch unendlich große Arbeit diese Schwestern dem Volkswohle leisten. Sie haben durch die Verhandlungen im Haushaltsausschuß erfahren, wie gering die Beträge sind, die für die katholischen Schwestern bezahlt werden. Nur die Quellen tiefster Religiösität erschließen die Kraft das eigene Leben anzugleichen an das Leid des Nächsten, das Leben auszufüllen mit Hilfe und Liebe für die Menschen, so wie es unsere barmherzigen Schwestern, die unser Stolz sind, tun. Ferner möchte ich hinweisen auf die Beratungsstellen für arme Wanderer, wie sie der Caritasverband eingerichtet hat, und auf die Kindererholungsfürsorge. Der Caritasverband hat seit dem Jahre 1916 21 309 Kindern Erholung vermittelt, darunter 11 000 in Familien untergebracht, die die Kinder meist unentgeltlich aufnahmen. Auch hier muß der Bevölkerung sowohl für die Ergebnisse der Lebensmittelsammlung, als auch für diese Hilfe, herzlicher Dank ausgesprochen werden (Beifall). 64 Kinder konnte der Caritasverband unbezahlt in Dauerpflege geben (Zuruf: Dauerpflege!). Bei der Besprechung der Leistungen für die Kinderfürsorge möchte ich auch dem Bedauern Ausdruck geben, daß die Eingabe des hiesigen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge um 20 000 M. zur Verteilung von Wäschestücken in der Mütterberatungsstunde infolge der Kürzungen im Voranschlag keine Berücksichtigung finden konnten. Wir möchten aber bitten, daß vielleicht in einem Nachtrag dem Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderpflege diese Mittel zugebilligt werden. Unsere badischen Fürsorgedamen haben, wie aus dem Jahresbericht von 1925 hervorgeht, im ganzen 225 000 Besuche gemacht, davon die Hälfte in Familien, in denen Säuglinge sind. Auch hier ist wie bei den Ordensschwestern und anderen sozialen Berufskräften die Erkrankungsziffer eine ziemlich hohe. Wir haben in Baden von 95 erkrankten Fürsorgerinnen 17, die an Tuberkulose erkrankt sind (Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Gehen Sie auf den Friedhof nach Hegne. Wir müssen auch hier wieder besonders der Pflegerinnen der tuberkulös Erkrankten in Familie und Anstalten gedenken. Diese caritativ arbeitenden Frauen, sei es im Ordensgewand, sei es in der Tracht der weltlichen Krankenpfleger, stellen prozentual leider ein hohes Kontingent zur Erkrankung an Tuberkulose. Man kann nicht genug von der Bedeutung der vorbeugenden Fürsorge sprechen. Ich möchte hierbei dem Herrn Minister die so wunderschön gelegene Jägermatte ganz oben im Feldberg, die so schön in das Tal hinabschaut, ans Herz legen (Zuruf: Zur Kur!). Nicht nur zur Kur (Abg. Dr. Schofer: Mindestens einmal zur Besichtigung!), sondern einmal zur Besichtigung, dann aber auch, daß er diese Anstalt als Zuschußanstalt betrachtet, die aus Staatsnotwendigkeiten unbedingt erhalten werden muß, denn hier in Sonne und Licht kann am besten der Tuberkulose vorgebeugt und manche erholungsbedürftige Kinder können vor gesundheitlichen Schädigungen bewahrt werden, denn die Tuberkulose geht auch bei uns in Baden als Gespenst um. Wir haben im Jahre 1924 3225 Todesfälle an Tuberkulose zu verzeichnen. Wenn Sie das auf den Tag umlegen, so sterben in Baden täglich 9 Personen an Tuberkulose (Zuruf bei den Kommunisten: Im Etat haben Sie nichts zur Bekämpfung drin stehen!). Ich möchte hier an die Ansteckungsgefahr in den Schulen und an die Richtlinien, die Frau Dr. Liefmann für den Gesundheitsunterricht in der Schule aufgestellt hat, erinnern.

In unserem Voranschlag ist auch für den Blindenverein und die Blindenfürsorge ein Betrag vorgesehen. Wir hatten letztes Jahr hier die Blindenausstellung. Ich muß aber sagen, ich habe tief bedauert, daß diese Ausstellung besonders von Abgeordneten des Badischen Landtags nicht besser besucht war (Hört! hört!). Wenn man offenen Auges ergriffen geschaut hat, welches Elend, welche Not, welche Anstrengung, welche Entbehrung dem lichtlosen Menschen auferlegt werden, ja, ich glaube, dann ist auch der Arbeitsbelastete unter uns wieder zufrieden zu seinem Tagewerk zurückgekehrt. So waren die Lichtlosen den Schauenden Lehrer. Angefangen vom Spielzeug mit den plastisch herausgearbeiteten Figuren, nach der die kleinen Finger der blinden Kinder sich eine Vorstellungswelt bauen müssen, bis zu den Handarbeiten, die uns Bewunderung abgerungen haben, bis zu jener Zimmereinrichtung, die ein Schreiner geschaffen hat, der im Kriege blind geschossen wurde, der aber soviel Energie wieder aufgebracht hat, um sich heute ohne Auge in sein Handwerk einzufinden! Ich möchte deshalb dringend bitten, daß gerade die Bestrebungen des Blindenvereins die Unterstützung und Förderung des badischen Parlamentes finden. Dann wurde mir von Blinden geklagt, daß der Büchervorrat noch immer ein ziemlich geringer sei. Diesen Blindenschriften solle man doch eine Förderung angedeihen lassen, um den Interessentenkreis für die Blindenschriften und für die Blindenbücher zu erweitern, man solle auch mehr Vorlesungsmöglichkeiten für die Blindenvereine schaffen (Zuruf links: Radio!). Ja, vielleicht könnte für den hiesigen Blindenverein, wenn es noch nicht geschehen ist, eine Radioeinrichtung geschaffen werden (Zuruf des Abg. Dr. Schofer).

Nun haben wir im Voranschlag auch einen Posten verzeichnet, einen kleinen Zuschuß, für die St. Josephsanstalt in Herten. Die Herren Komunisten haben den Antrag auf Streichung dieser Position gestellt. Ich nehme an, daß noch keiner dieser Herren die Anstalt Herten kennt. Dort sind nämlich 600 nicht nur assoziale Kranke oder psychisch erkrankte Menschen, sondern direkt verblödete Kinder. Diese 600 Kinder, die ganz ohne Willenskraft sind, nicht einmal der primitivsten Verrichtungen fähig, werden von 65 Schwestern betreut. Ich möchte den Abgeordneten des Parlaments nur wünschen, daß sie nur 2 Tage lang das Tagewerk einer solchen Schwester in Herten auf sich nehmen müßten. Sie würden ganz gewiß es nicht mehr unerträglich finden, wenn unsere parlamentarischen Verhandlungen eine Stunde länger dauern. Ich kann aber nicht verstehen, wie man diesen Schwestern und dieser Anstalt, die so im Dienste des bis zur äußersten Grenze entarteten Lebens

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Siebert [Zentr.])

stehen, den Zuschuß streichen will (Zuruf bei den Kommunisten — Zuruf beim Zentrum: Nur weil es katholisch ist!). Nur weil die Anstalt St. Josephsanstalt heißt. Ich könnte Ihnen noch sagen, wie die Anstalt entstanden ist. In der Mitte der 70er Jahre kam ein katholischer Priester nach Herten, Pfarrer Rolfuß. Er sah diese armen Kinder auf der Straße liegen, von den Eltern vernachlässigt, von der Umwelt mißhandelt, und er nahm diese Kinder in sein Pfarrhaus auf. Als dies bekannt wurde, kamen die Eltern aus der Umgegend, aus benachbarten Dörfern und Städten und brachten ihre Kinder auch diesem guten Pfarrer, der die verwahrlosten Kinder aufnahm. Dann war das Pfarrhaus zu enge, und so ist allmählich aus der christlichen Nächstenliebe dieses einen Mannes diese große Anstalt entstanden, die heute den Eltern von 600 Kindern die furchtbare Sorge und Belastung abnimmt, die solch verblödete Kinder für die Familie bedeuten.

Ebenso haben die Kommunisten den Antrag gestellt, daß der kleine Zuschuß für die Bahnhofmission gestrichen werden solle. Die Bahnhofmission will vor allen Dingen einmal dem Mädchenhandel vorbeugen. Zum Zeugen dafür, was sie tut und was sie leistet, will ich nicht etwa eine katholische Zeitung oder eine unserer Zeitschriften der karitativen Bewegung anführen, sondern ich will Ihnen hier einen Ausschnitt aus der „Frankfurter Zeitung" (vom 22. Februar 1925 Nr. 142) zur Wiedergabe bringen. In diesem Artikel, „Mädchenhandel und Mädchenbörse" von Emma Müllerhoff, findet sich unter anderem:

> „Die Regierung in Schleswig hat ausgesagt — und diese amtlichen Aussagen wieder bestätigt —, daß innerhalb eines halben Jahres mehr als 3700 deutscher Mädchen gegen ihren Willen einem nicht auszudenkenden Elend entgegengeführt werden (Hört!). Mit einer ungeheueren, sich weit in das Ausland erstreckenden Organisation, durch List und Täuschung werden diese Opfer einer gewissenlosen Gewinnsucht in das Verderben gelockt, unter harmloser Maske, die die jungen, meist 17 bis 18jährigen Mädchen nichts ahnen läßt (Hört! Hört!).
>
> Mir wurde ein Fall bekannt, in dem städtische Eltern ihre Tochter auf ein Gut als Haustochter in Stellung zu geben meinten; alles nähere wurde brieflich mit den Gutsleuten unter der angegebenen Adresse abgemacht, die Zugankunft des Mädchens genau angegeben und deren Abholung von der Bahnstation schriftlich zugesagt. Im letzten Augenblick verhinderte eine Erkrankung des Mädchens ihre sofortige Abreise. Da eine Postbenachrichtigung wegen Zeitmangels nicht mehr zu ermöglichen war, so telephonierten die Eltern an die Besitzer des Gutes und meldeten die Ankunft der Tochter für die kommende Woche an, um durch das Telephon die überraschende Antwort zu erhalten, daß man auf dem besagten Gute keine Haustochter gesucht habe und nie mit den Eltern und deren Tochter in Verbindung getreten sei. Gewissenlose Händler hatten augenscheinlich diese Finte benutzt, um ein unerfahrenes Mädchen ohne Schutz der Eltern sicher in ihre Hände zu bekommen.
>
> Der Brief eines solchen Mädchenhändlers wurde an der holländischen Grenze aufgefangen und sollte in weiten Kreisen bekannt werden, damit dem entsetzlichen Elend gesteuert werden kann. Dieser Händler gestand, 50 Mädchen im Alter von 17 und 18 Jahren verschleppt zu haben. In dem aufgefundenen Brief heißt es:
>
> „Die fünf Mädchen sind angekommen und gesichert. Sie sind unterwegs nach Newyork. Im Hafen von Hamburg wimmelt es von Polizisten. Nach mühsamer Arbeit haben wir sie auf das Schiff gebracht. Zwei hätten uns beinahe durch ihr Weinen verraten; aber du weißt es ja, daß (hier folgen im Abdruck des Briefes Gedankenstriche) gut wirkt. Ich habe die Mädchen nach San-Franzisco, Blue Beard, gebracht; da können sie nach Vater und Mutter schreien, solange sie wollen. Wenn du wieder Ware hast, so bringe sie gleich nach Hamburg zur Mädchenbörse. Der Scheck über (— abermals Gedankenstriche im Abdruck —) folgt nach. Sollten die Mädchen sich sträuben, so bringe sie dahin, wo ich sagte; dort werden sie schon zur Vernunft kommen."

(Abg. Schreck: Das ist aber doch Aufgabe der Polizei!). Eben die Bahnhofmission (Erneuter Zuruf von kommunistischer Seite: Dafür ist aber doch die Polizei da und nicht die Bahnhofmission! — Gegenzurufe vom Zentrum — Glocke des Präsidenten — Zuruf: Die Polizei ist für die Kommunisten da!). Wenn Sie hören wollen, wozu die Bahnhofmission „da ist": Die Bahnhofmission ist zur Ausübung der vorbeugenden Fürsorge da. Sie verzweigt sich bis in die einzelnen Pfarreien. Wenn ein Mädchen von Hause weg will, kann es jederzeit zum Ortsgeistlichen hingehen und von diesem die Adresse der Bahnhofsmission erfahren; von dort aus wird dann das Mädchen hingeschickt und an die Frauen mit der gelb-weißen oder der rot-weißen Binde verwiesen. Das Mädchen sieht die Frau, geht auf sie zu und wird von ihr zu einer Unterkunft in ein Heim gebracht. Wenn ein Mädchen sich nicht zu helfen vermag, kann es bei der Bahnhofsmission sich jederzeit Rat holen. Ich selbst habe auf meinen Eisenbahnfahrten schon mindestens zwanzig Mädchen zur Bahnhofsmission gebracht, die ohne diese Einrichtung überhaupt nicht gewußt hätten, wohin sie sich wenden sollen.

Wir hatten die Hoffnung gehegt, daß wir 5000 M. bekommen würden, um die Bahnhofsmission zu unterstützen; deshalb ist der verhältnismäßig kleine Zuschuß, der hier gegeben werden soll, ganz gewiß gerechtfertigt.

Weil ich doch gerade am Bahnhof bin, möchte ich doch einmal das Ministerium des Innern bitten, Büchern wie „La Garçonne" und ähnlichen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Buch, dessen Titel ich soeben nannte, war wochenlang auf deutschen Bahnhöfen ausgestellt; der deutsche Buchhandel hat sich nicht geschämt, dieses pornographische Machwerk mit einer schreienden roten Reklame auszustatten und den Reisenden anzubieten. Ich meine, es müßte doch irgendwie eine Handhabe gefunden werden, die es ermöglichen würde, zu erreichen, daß solche Bücher auf Bahnhöfen nicht mehr ausgeboten und nicht mehr zum Verkauf gebracht werden können (Abg. Dr. Schofer: Ach das soll doch die Bahnhofdirektion machen! — Zurufe von anderen Seiten; darauf Abg. Dr. Schofer: Die Eisenbahn soll eingreifen!).

Aus den gleichen Gründen, aus denen wir Mittel zur Unterstützung der Bahnhofmission erbitten, möchten wir auch die Eingaben des katholischen Fürsorgevereins Heidelberg um Mittel zur Erweiterung des Paulusheimes und die Eingabe des Konstanzer Mädchenschutzvereins dringend befürworten.

Es ist gestern davon gesprochen worden, daß die Konsequenzen aus dem Prinzip der christlichen Weltanschauung nicht gezogen würden. Ich glaube, der Scheinwerfer auf die Wohlfahrtspflege und der Scheinwerfer auf die Werke der Nächstenhilfe hat denn doch gezeigt, daß der Wille zur Verwirklichung der christlichen Grundgebote vorhanden ist. Und wenn die Möglichkeit der Ausführung so gering ist, so tut

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Frau Siebert [Zentr.])

das niemanden weher als gerade denjenigen, die ihr persönliches Leben in ein soziales Lebenswerk eingebaut haben. Bei der Frage, wie diese geringe Ausführungsmöglichkeit und diese Inkonsequenz zu begründen sei, ist ja nun von den verschiedenen Rednern immer irgend etwas als Ursache — und je nach dem Parteistandpunkt immer wieder etwas anderes — angegeben worden: Links die „kapitalistische Weltanschauung"; von rechts wurde, wie ich glaube, der Vertrag von Locarno und die Hartherzigkeit der feindlichen Völker verantwortlich gemacht (Zurufe von der Bürgerlichen Vereinigung). Als Frau glaube ich zu dieser Frage ein überparteiliches Wort sagen zu können. Wir sollten uns doch die Frage vorlegen: Kommt dieses Elend nicht doch wohl daher, weil der menschliche Geist seine ganze Kraft vertausendfacht daran gegeben hat, die Materie lebendig zu gestalten, Stoffe und Dinge lebendig zu machen — aber nicht, wie im gotischen Dom des Mittelalters, der Stein an des Menschen Statt bete, nicht damit das Eisen, wie bei der Maschine, an des Menschen Statt arbeite, sondern um an des Menschen Statt vertausendfacht zu morden? Ich glaube, diese Überhebung des Menschengeistes, diese Verkennung des Zieles, die der menschlichen Geisteskraft in der Willens-Erkenntnis gesetzt sind, trägt viel Schuld an dem ungeheueren Elend, das wir vor uns sehen.

Für uns Frauen aber ist das Entfaltete stets primär und über dem Gestalteten: und so sehen wir denn auch die Frauenaufgabe und das Ziel aller Frauenaufgaben im Überparteilichen im menschlichen, im christlichen Sinn, die den Menschen wieder an den Schöpfer aller Dinge bindet, und dem Bildner des Auges, des Herzens und der Hand über den Bildner von Erz und Eisen stellt (Sehr gut!). Das ist eine Erkenntnis, die unserer Gemeinschaft heute wieder neu erschlossen werden muß; sie kann ihr aber nur auf dem einen Weg erschlossen werden, der auf Grund des christlichen Sittengebotes zur Anerkennung des Menschen als Abglanz des Ewigen führt (Beifall im Zentrum!). Uns Frauen überkommt oft ein wehmütiges Lächeln, wenn wir von den merkwürdigen Anstrengungen des Menschengeistes lesen: so, wenn wir beispielsweise hören, daß eine — wie soll ich es doch bezeichnen — interplanetarische Kommission oder doch so etwas ähnliches zu dem Zweck gegründet wird, um die Lichtsignale auf dem Mars zu entdecken (Heiterkeit). Da fallen uns die Kinder, die Kleinrentner, die Kriegsbeschädigten, die vielen erholungsbedürftigen Mütter ein, und wir möchten die Ausgaben, die in dieser Richtung gehen, hinzufügen den Ausgaben, die gemacht werden zur Betreuung und Umsorgung des Lebens.

Ich will schließen mit einem Ausblick. In den nächsten Wochen rüstet sich die Jugend der früheren feindlichen Völker zu einem Zusammenkommen in Bierville zu dem Friedenskongreß, und diese Jugend spricht das Bekenntnis aus, daß das Leben über Ding und Sache stehen soll, daß der Menschengeist nicht wieder den Irrweg gehen soll, seine heiligste Kraft daran zu geben, um den Menschen zu morden und zu töten (Zuruf des Abg. Schreck), sondern um dem Bildner des Auges, des Herzens und der Hand die Ehrfurcht zuzuerkennen, die ihm gebührt und die sich widerspiegelt in der Verwirklichung des Gebotes der Menschenliebe (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Minister des Innern **Remmele**:

Der Gang der Verhandlungen im Haushaltsausschuß über den Antrag des Caritasverbandes und des Vereins für Innere Mission, für die Verwaltung einen Zuschuß in dem Etat einzusetzen, hat mir Veranlassung gegeben, für das Budgetjahr 1924/25 einmal feststellen zu lassen, was nun die drei Organisationen an geldlichen Beiträgen über den Etat des Ministeriums des Innern erhalten haben. Dabei stellte sich heraus, daß der Frauenverein nicht besser gefahren ist als der Caritasverband und der Verein für Innere Mission, und zwar sind in dieser Budgetperiode 1924/25 aus Landesmitteln gegeben worden: dem Caritasverband 42 000 M., dem Landesverein für Innere Mission 52 700 M., dem Landesverein der Badischen Frauenvereine 48 600 M. Aus Reichsmitteln wurden beschafft für Caritasverband 5100 M., Innere Mission 3800 M., Israelitische Wohlfahrtsvereinigung 1100 M. und Frauenverein 4600 M. Sodann haben wir aus einem Landeswohlfahrtsfonds, der uns zur Verfügung stand, Darlehen gegeben: an den Caritasverband 42 000 M. — ich nenne immer die runden Summen —, an die Innere Mission 55 000 M., an die Frauenvereine 13 000 M. Dann gab es noch ein Lotterieerträgnis: für den Caritasverband von 69 000 M., für den Frauenverein von 13 000 M. Und insgesamt — ich sage immer wieder: über den Etat und die Arbeit der inneren Verwaltung —: Caritasverband 159 000 M. (Abg. Schreck: Hört!), Badischer Landesverein für Innere Mission 111 000 M. (Hört! bei den Kommunisten), Frauenverein 79 000 M. (Nun also! bei den Kommunisten). — Nun müssen wir weiter in Rechnung stellen, daß über den Etat des Unterrichts und des Justizministeriums diese Organisationen auch Beträge erhalten haben, insbesondere für den Bau von Erholungsheimen, und daß schließlich auch über den Etat des Finanzministeriums Zuwendungen sachlicher Art gegeben worden sind, wie Holz usw. — Wenn wir das zusammennehmen, dann dürfen wir sagen — und das ist mein Eindruck, den ich gewonnen habe —, daß entsprechend den Leistungen der einzelnen Organisationen die Staatskasse als solche, der Fiskus, den verschiedenen Organisationen ziemlich gleichmäßige Unterstützung hat angedeihen lassen (Abg. Klaiber: das ist die Hauptsache!).

Nun kommt natürlich die strittige Frage, eine Regelung zu finden, so wie für den Frauenverein vom Roten Kreuz, auch für die übrigen Organisationen. Da möchte ich aber auf das aufmerksam machen, was ich im Haushaltsausschuß schon gesagt habe: Der Frauenverein muß sich eine dauernde Kontrolle seiner Finanzwirtschaft seitens der Staatsverwaltung gefallen lassen (Ganz recht! bei den Kommunisten), wie überhaupt jede Vereinigung, die eine dauernde Zuwendung für den Verwaltungsaufwand bekommt. Das ist eine jener Voraussetzungen, die notwendig sind, wenn wir uns vergewissern wollen, daß die gegebenen Gelder auch entsprechend dem Beschluß des Parlaments verwandt werden, und die notwendig sind aus allgemeinen Gründen der Staatsaufsicht. Hinzu kommt schließlich noch: Geben wir das Geld nur in Form eines Verwaltungszuschusses für die übrigen Organisationen, dann wird auch die Möglichkeit beschränkt, Gelder flüssig zu machen für besondere Zuwendungen, wie Hausbau oder die einzelnen Anstalten usw. Ich wollte mit dieser Darlegung lediglich feststellen, daß es der inneren Verwaltung selbstverständlich fernliegt, parteiisch zu verfahren, sondern daß sie bestrebt war, den berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden nach Maßgabe billigen Ausgleichs für alle zusammen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun auch noch eine Bemerkung machen hinsichtlich des Frauenvereins. Wir müssen uns hüten, das, was auf diesem Gebiete im badischen Landtag historisch geworden ist, mit harter Hand zu zerschlagen oder mit harten Worten zu kritisieren, weil ich persönlich erkennen gelernt habe, wieviel Menschen, namentlich im vorgerückten Alter, insbesondere Frauen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern **Remmele**)

und zwar solche aller Konfessionen, an diesem Frauenverein interessiert sind, und wieviel Wohltaten und wohltätige Dienste durch diesen Frauenverein geleistet werden in Kreisen, die eben von anderen Organisationen nicht erfaßt werden. Deswegen sollten wir, glaube ich, die Stellung, die wir seit Jahren eingenommen haben, insbesondere nach der Korrektur, die wir haben eintreten lassen hinsichtlich der Nichtmehrleistung von Geld für örtliche Aufgaben, beibehalten. Wir fahren als Regierung sowohl, wie als Parlament gut, wenn wir es dementsprechend halten.

Es ist dann — das ist die zweite Frage, auf die ich kurz zu sprechen kommen will — auf die Blindenfürsorge verwiesen worden. Ich muß sagen, das ist in der Tat ein Kapitel, welches ganz besondere Fürsorge seitens des Staates notwendig hat. Aber, Frau Abg. Siebert, man muß berücksichtigen, daß bei der Position, die Sie genannt haben, lediglich die zivilen erwachsenen Blinden in Betracht kommen, daß die Fürsorge für die blinden Kinder über den Kultusetat geht und die Fürsorge für die Kriegsblinden in dem Aufwand der allgemeinen Fürsorge durch die Fürsorgeverbände steckt. Wir werden unsere Aufmerksamkeit im badischen Land — ich darf das vielleicht hier vorausnehmen — in allererster Linie darauf verwenden müssen, daß unser Blindennachwuchs in seiner Erziehung und Ausbildung wehrfähig gemacht wird (wenn ich einmal den Ausdruck gebrauchen darf). Ich meine, wir kommen über das Problem nicht hinweg mit Wehklagen und Bedauernis und nicht hinweg dadurch, daß wir nur auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge tätig sind. Diese armen Menschenkinder müssen das Gefühl beigebracht bekommen, daß sie in der Welt auch zu etwas gut sind (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß sie Arbeit leisten können. Die innere Befriedigung ist notwendig, um das schwere Schicksal tragen zu können. Diese innere Befriedigung bekommen diese Menschen aber nicht, wenn für sie nur auf dem Wege der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge gesorgt wird, sondern wenn sie etwas arbeiten können. Von diesem Gesichtspunkt aus ist nach meinem Dafürhalten Korrektur zu schaffen auf dem Gebiete des schulpflichtigen Alters: man wird in der Schulzeit ein Jahr vorrücken und ein Jahr zurückrücken müssen, das heißt, etwa mit dem 7. statt dem 8. Lebensjahr beginnen und mit dem 15. statt dem 14. Lebenjahr enden müssen; eine gute Anstaltserziehung — die sich ja in Baden in durchaus guten Händen befindet — wird dafür sorgen lassen müssen, daß, wenn diese Kinder herauskommen, sei es wieder in den Kreis der Familie oder in einen Beruf, sie in der Lage sind, das Notwendigste zum Leben selbst zu verdienen. Daß dabei dann das andere, insbesondere wenn Alter und Not Begleiterscheinungen des Lebens sind, auf dem Gebiete der allgemeinen Fürsorge noch bestehen bleiben und ausgebaut werden muß, das ist ganz selbstverständlich. Ich glaube, mit dieser Grundeinstellung Ihnen den Weg gezeigt zu haben, auf dem wir glauben, dem Problem näherkommen zu können.

Der Herr Abg. Dr. Glockner hat dann gestern bei seinen allgemeinen Ausführungen sein Bedauern ausgesprochen, daß es nicht möglich war, in diesen Etat dieselben Summen für die allgemeine Fürsorge einzusetzen, wie es im vorigen Etat der Fall war. Gewiß, mir persönlich und den Herren im Ministerium des Innern, die die Angelegenheit zu betreuen haben, wäre es auch lieber, wir könnten über höhere Summen verfügen. Wir müssen aber auch diese Position von einem etwas anderen Gesichtspunkt aus betrachten. Ich darf darauf verweisen, daß wir einmal in der Nachkriegszeit genötigt waren, Aufgaben der Gemeinden von Staats wegen zu übernehmen, insbesondere der allgemeinen Nahrungsmittelnot: Kinderspeisung, Volksküchenspeisung usw. Diese Aufgabe haben wir von zwei Gesichtspunkten aus übernehmen müssen, einmal wegen des Währungsverfalls und der Geldentwertung in den Städten, und das andere Mal wegen der Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung. Von diesen zwei Motiven auskommend, sind die Sätze in unserem Etat für diese Zwecke gewachsen. Aber diese Auswirkung einer Kriegs- und Nachkriegszeit dürfen wir doch nicht dauernd im Etat stehen lassen; wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß die Dinge allgemach wieder in ein geordnetes Bett hineingelenkt werden, einmal dadurch, daß die Gemeinden selbst die ihnen nach Recht und Gerechtigkeit zustehenden Fürsorgeaufgaben für ihre Gemeindeangehörigen wieder selbstständig erledigen und das andere Mal dadurch, daß das, was dann dem Staat bleibt, jetzt über den Weg der Fürsorgeverbände, der Bezirksfürsorgeverbände dort seine normale Erledigung findet und das Geldverteilen seitens des Ministeriums allgemach wieder aufhört. Die Kontrolle darüber, daß die Gelder zweckmäßig verwendet werden, kann doch am besten dort geschehen, wo die ehrenamtlich oder sonst tätigen Personen in der Fürsorge in der Lage sind, in die einzelnen Familienhaushalte hineinzusehen. Das ist die Aufgabe der unteren Verwaltungsstellen ganz allgemein, ehrenamtlich oder hauptamtlich; das Ministerium darf kein großes Bezirksamt sein. Darüber muß man sich klar sein. Die Erhöhung der Position für die Fürsorgeverbände um 800 000 Mark ist mit ein Äquivalent für den Fortfall dieser Summen, die früher eingesetzt waren für Kinderspeisung, für Erholungsfürsorge usw. ganz abgesehen davon, daß — wie gesagt — wir auch gar nicht die Möglichkeit haben, auf die Dauer diesen Organisationsapparat aufrecht zu erhalten.

Das wollte ich hier sagen deswegen, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als ob im Ministerium jetzt nicht mehr das genügende Interesse für diese Bedürfnisse vorhanden sei. So liegt es nicht. Wir wollen nur die Dinge dort behandelt sehen und behandelt wissen, wohin sie nach der ganzen Struktur unserer Verwaltungsbehörden hingehören.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Ich schlage Ihnen vor, jetzt abzubrechen und morgen früh um halb 9 Uhr fortzufahren, und zwar, weil der Herr Minister des Innern morgen an der Beerdigung des verstorbenen Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner in München teilnehmen muß, morgen die Hauptabteilung IV, Voranschlag des Justizministeriums, und wenn die Zeit reichen sollte, den Gesetzentwurf über die dritte Änderung des Landtagswahlgesetzes und den Gesetzentwurf zur Änderung der badischen Gemeindeordnung vorwegzunehmen. Es sind zwei kleine Gesetzesstellen, die hier geändert werden.

Sie sind mit der Tagesordnung einverstanden, damit schließe ich die Sitzung.

Schluß der Sitzung 7¾ Uhr.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	2821
Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags 1926/27	
Ministerium des Innern	
Einzelberatung	
Abg. Dr. Schmitthenner	2822, 65
„ Ritter	2827
Minister des Innern Remmele	2837, 47, 61, 71
Abg. Lang	2839
„ Frau Richter	2841
„ Wolfhard	2842, 49
Abstimmungen	2844, 45, 47, 50, 65
Abg. Schreck	2845, 62
„ Dr. Föhr	2846
„ Schreck	2846/47
„ Klaiber	2847
„ Martzloff	2849, 58
Berichterstatter Abg. Dr. Glockner	2850
Abg. Eichenlaub	2851
„ Duffner	2860
„ Lechleiter	2861
„ Graf	2863
„ Frau Siebert	2865
Präsident Dr. Baumgartner	2874

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg